



Streiflichter von der Weltwirtschaftskrise 1929–1933

HANS HAUTMANN

Als Ende Oktober 1929 an der New Yorker Börse die Aktienkurse ins Bodenlose fielen, begann eine Krise, die alle Staaten der kapitalistischen Welt ergriff und die in ihrer Intensität alle früheren und nachfolgenden periodischen Krisen der kapitalistischen Wirtschaft übertraf. Der Börsenkrach in den USA war das auslösende Ereignis, nicht aber die Ursache der Weltwirtschaftskrise. Diese lag im Grundwiderspruch des Kapitalismus, dem Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Aneignung. Wie bei früheren Krisen handelte es sich bei ihr um eine Überproduktionskrise: riesige Warenvorräte fanden keinen Absatz mehr. Mit aller Schärfe zeigte sich das Missverhältnis zwischen der Ausdehnung der Produktion und der beschränkten Kaufkraft. Zugleich hatte die Weltwirtschaftskrise von 1929–1933 aber auch ihre Besonderheiten: die enge Verflechtung der Industriekrise mit einer Agrarkrise, Kredit- und Währungs- sowie Handelskrise, vor allem aber die Herrschaft der Monopole. Die Monopolisierung verhinderte, dass die sinkende Nachfrage zu entsprechend sinkenden Preisen führte, wie das bei freier Konkurrenz der Fall gewesen wäre und bei früheren Krisen im 19. Jahrhundert auch der Fall war. Die Preispolitik der Monopole deformierte also den Verlauf des Zyklus und trug zu seiner noch nicht da gewesenen Tiefe, langen Dauer und seinen verheerenden Folgen in entscheidender Weise bei.

Es wäre in dem Zusammenhang verlockend, die damalige Krise mit der jetzigen zu vergleichen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten und die inneren Ursachen politökonomisch zu erklären. Dieser Aufgabe wird sich aber das von der Alfred Klahr Gesellschaft gemeinsam mit dem Bildungsverein der KPÖ Steiermark veranstaltete Symposium im Oktober 2009 in Graz und Wien widmen, sodass wir an dieser Stelle den Ergebnissen nicht vorgreifen

wollen. Hier geht es um einen historischen Überblick, um die Darlegung der Fakten und die Schilderung des Ablaufs der Weltwirtschaftskrise 1929–1933, deren materielle Schäden und Verluste ungeheuerlich waren und deren politische Folgen die Menschheit erneut in den Abgrund eines Weltkrieges stürzen sollten.

Die Industriekrise

Die Industriekrise war der zentrale Bereich der Weltwirtschaftskrise, denn stets sind es die Vorgänge in der industriellen Produktion, die den zyklischen Charakter kapitalistischen Wirtschaftens hervorrufen. In früheren Krisen war ein Absinken der Industrieproduktion um zehn bis 15% schon als etwas Außergewöhnliches betrachtet worden. Von 1929 bis 1933 hingegen lagen die Hälfte und teilweise sogar zwei Drittel der Produktionskapazität der führenden Industriezweige brach. Im Weltmaßstab wurde die kapitalistische Industrieproduktion auf das Niveau der Jahre 1908/09 zurückgeworfen. In einzelnen Ländern ging sie sogar noch weiter zurück: So sank sie in den USA auf den Stand von 1905/06 und in Deutschland und Großbritannien auf den von 1896/97.

Die Krise von 1929 bis 1933 war nicht nur die tiefste, sondern auch (gemeinsam mit der von 1873) die längste und hartnäckigste in der Geschichte des Kapitalismus. Während die Krisen der Vergangenheit in der Regel nur mehrere Monate andauert hatten, wurde der Tiefpunkt der im Herbst 1929 ausgebrochenen Krise von der kapitalistischen Welt im Wesentlichen erst im Sommer 1932 überwunden. Aber auch danach dauerte es noch zwei bis drei Jahre, bis sich das allgemeine Produktionsniveau wieder dem Stand vor der Krise annäherte.

Unter den hoch entwickelten Industrieländern erschütterte die Krise die USA und Deutschland mit der größten Wucht. In Großbritannien, wo in den 1920er Jahren die Industrieproduktion nur in geringem Maße gestiegen war, machten sich die Krisenerscheinungen relativ langsam

bemerkbar. In Frankreich begannen sich die Auswirkungen auf die Industrieproduktion erst im Jahre 1931 zu zeigen. Deshalb erlangte hier die Krise die größte Schärfe auch erst 1935, also wesentlich später als in den USA und Deutschland. In Japan, das unmittelbar nach dem Ausbruch der Krise die Aggression gegen China vorzubereiten begann, erreichte die Produktion ihre Talsohle im Jahr 1931, in Italien im Sommer 1932, als die Bruttoproduktion der Industrie um 33% unter dem Stand des Jahres 1929 lag. Von den kleineren Ländern waren Österreich, die Tschechoslowakei, Polen, Jugoslawien, Ungarn, Dänemark, Norwegen und Finnland schwer betroffen, deren Industrieproduktion fast auf die Hälfte des Vorkrisenniveaus sank. Eine Ausnahme bildete Schweden, dessen Eisenerzförderung zwar zeitweilig auf den Umfang des Jahres 1896 absackte, das aber schneller als andere die Folgen der Krise durch gezielte staatsmonopolistische Eingriffe in das Wirtschaftsleben unter dem sozialdemokratischen Regierungschef Per Albin Hansson überwand.

Am stärksten von allen kapitalistischen Ländern sank die Produktion in den USA. Dort verringerte sich die Kohleförderung im Vergleich zum Stand von 1929 um 41%, die Roheisenproduktion um 79%, die Stahlerzeugung um 76% und die Automobilherstellung um 80%. Von 279 Hochöfen waren nur noch 44 in Betrieb. Die Industrieproduktion insgesamt ging bis zum Jahr 1932 gegenüber der von 1929 um 46% und die Produktion von Produktionsmitteln sogar um 72% zurück. Tausende Fabriken schlossen ihre Tore, mehr als 135.000 Industrie-, Handels- und Finanzunternehmen machten Bankrott.

Deutschland stand den USA bei diesen Kennziffern kaum nach. Die Produktion von Produktionsgütern fiel hier 1931 auf 61% (1928 = 100, 1930 = 85,5), die Gesamtproduktion auf 72,8%. Im Jahr 1932 reduzierte sich die Industrieproduktion im Vergleich zum Stand von 1931 um weitere 17% und betrug nur mehr 58% der Höhe von 1928. Insgesamt machte



Bank- und Börsenkrach in New York am 29. Oktober 1929.

die Industrieproduktion in Deutschland im Sommer/Herbst 1932 nur noch 46,7% des Produktionsumfanges von 1913 (!) aus, ein Tiefpunkt, der kaum noch unterschritten werden konnte.

Die Agrarkrise

Agrarkrisen treten im Unterschied zu industriellen Krisen *nicht* periodisch auf und sind generell langwieriger als jene. Eine solche chronische Agrarkrise begann 1920 in den USA und erfasste die ganze kapitalistische Welt. Ihre Erscheinungen waren: Anwachsen der Warenvorräte, die keinen Absatz fanden; Preisabfall, Sinken der Einkommen der Bauern, Sinken der Profitrate; Ruin von Farmern und kleinbäuerlichen Wirtschaften, Anwachsen ihrer Schulden; Wachstum der Arbeitslosigkeit unter dem Landproletariat.

Das Hereinbrechen der Industriekrise im Herbst 1929 verschärfte die Agrarkrise in enormem Ausmaß. Es kam weltweit zu katastrophalen Preisstürzen bei landwirtschaftlichen Rohstoffen und Lebensmitteln. Im Frühjahr 1932 sank der Preis für Kautschuk auf dem Weltmarkt im Vergleich zum Durchschnittspreis der Jahre 1925–1929 um 93, der von Zucker um 74, der von Seide um 75 und der von Jute um 62%.

In den USA sanken die Preise für Agrarprodukte um durchschnittlich 54%. 1932 mussten von den Farmern an die 40% ihres Bruttoeinkommens für die Abzahlung von Schulden sowie für Steuer- und Pachtzahlungen aufgewendet werden. Etwa eine Million Farmen wurden von 1929 bis 1933 zwangsversteigert. Der Massenbankrott war zum nicht geringen Teil von den Monopolherren hervorgerufen, weil diese die Preise für Industrieerzeugnisse, landwirtschaftliche Maschinen, Mineraldünger usw. künstlich hochhielten. Die ruinierten Farmer wurden entweder zu Landarbeitern, oder sie

wogen in die Städte, wo sie aber gleichfalls keine Arbeit finden konnten.

Noch stärker als die bäuerliche Bevölkerung der Industriestaaten war die der schwach entwickelten Volkswirtschaften in Europa, in den Kolonien und den abhängigen Ländern in Asien, Afrika und Lateinamerika betroffen. Setzt man den Außenhandelsumsatz dieser Länder in den Jahren 1925–1929

mit 100% an, so betrug die Ausfuhr im Jahr 1931 mengenmäßig ausgedrückt 85,1%, wertmäßig berechnet jedoch nur 56,4%. Indem die Krise diese Länder – die Rohstoff- und Lebensmittellieferanten der imperialistischen Welt – ruinierte, vergrößerte sie zugleich ihre alten Schuldenlasten und stürzte viele von ihnen in den Staatsbankrott.

In der Weltwirtschaftskrise vernichteten die Plantagenbesitzer ganze Ernten, Kaffee wurde in den Ozean geschüttet oder als Feuerungsmittel für Lokomotiven verwendet, man fällte Obstbäume, schlachtete Viehherden ab und goss Milch in die Flüsse. Schätzungen zufolge war dieser materielle Schaden der Jahre 1929–1933 Hand in Hand mit den stillgelegten Fabriken, abgerissenen und ausgeblasenen Hochöfen, außer Betrieb gesetzten und dem Ersaufen preisgegebenen Bergwerken ebenso groß wie der des gesamten Ersten Weltkriegs.

Die Banken- und Währungs Krise

Die letzten Jahre vor der Krise waren von einer fieberhaften Spekulationswelle gerade in Aktien begleitet. Die Aktien stiegen immer mehr über ihren tatsächlichen Wert, der in der Kapitalisierung der zu erwartenden Profite besteht. Aus der Steigerung der Kurse ergab sich ein Gewinn, der um ein Vielfaches höher lag als die Dividende. Dieser für Aktienkäufer geradezu paradiesische Zustand konnte jedoch nicht ewig andauern und mündete im Oktober 1929 im Zusammenbruch der Kurse und mit ihnen vieler spekulierender Kapitalisten.

Jede Krise wird zunächst von ökonomischen Rückgangerscheinungen gekennzeichnet, die sich gegenseitig verstärken und wellenartig ausbreiten, sodass die ersten spontanen Reaktionen der kapitalistischen Wirtschaft diese nicht abschwächen, sondern vielmehr vertiefen. Das geschah auch im Gefolge der

1929 ausgebrochenen Krise und in größerem Umfang als bisher.

Die mit der zyklischen Krise unvermeidlich verbundene abnehmende Liquidität der kapitalistischen Großunternehmen führte an einer der schwächsten Stellen des Weltkapitalismus – in Österreich – zum Zusammenbruch der Creditanstalt im Juni 1931. Dieses Ereignis war nicht zuletzt auch das Ergebnis verschärfter imperialistischer Gegensätze, hervorgerufen durch den am 21. März 1931 abgeschlossenen Vertrag zwischen Deutschland und Österreich über eine Zollunion. Neben Großbritannien wandte sich vor allem Frankreich gegen das Abkommen, weil es darin faktisch die Verwirklichung des im Versailler Vertrag verbotenen Anschlusses und damit einen Schritt zur territorialen Erweiterung des deutschen Imperialismus erblickte. Frankreichs Antwort bestand in einer gezielten Zurückziehung von Krediten, was zum unmittelbaren Anlass für den Zusammenbruch der Creditanstalt wurde.

Das Vertrauen insbesondere der ausländischen Gläubiger wurde dadurch umso mehr erschüttert, als die organisierte Zurücknahme französischer Kredite sich auch auf Deutschland erstreckte und dort am 11. Juli 1931 den Zusammenbruch der Darmstädter- und Nationalbank (Danat-Bank) zur Folge hatte. Nur einen Tag später, am 12. Juli, wurde offenbar, dass auch die Dresdner Bank vor der Zahlungsunfähigkeit stand. Um beide Großbanken zu retten, betrieb die Reichsregierung Brüning ihre Fusionierung und de facto-Verstaatlichung, ein Schritt, den auch die Kabinette Ender und Buresch in Österreich bei der Sanierung der Creditanstalt durch staatliche Übernahme der Haftung für ihre Schulden setzten.

Dieser österreichische und deutsche Bankenkrach im Sommer 1931 brachte die internationale Kreditkrise zur vollen Entfaltung. Verteuerung des Kredits und Erstarrung des Kreditsystems waren die Folge. Noch wichtiger war aber die Tatsache, dass die monetären Beziehungen der imperialistischen Hauptländer zueinander jetzt völliger Zerrüttung unterlagen.

Das zeigte sich in der Isolierung der einzelnen Währungssysteme. Die Vorherrschaft des Goldes, das die einzelnen kapitalistischen Geldsysteme verbunden hatte, wurde erschüttert, und das in den 1920er Jahren mühsam wieder hergestellte System der Goldwährung brach zusammen, ohne nach dem Zweiten Weltkrieg wiedererstehen zu können. Großbritannien ging unter dem Druck

von Goldabzügen zuerst – und zwar im September 1931 – vom Goldstandard ab und führte eine Abwertung des Pfundes herbei. Dem Beispiel folgten mehrere von Großbritannien abhängige Länder (britische Kolonien, Dominien, die skandinavischen Länder, Portugal und Argentinien), wodurch es im November 1931 zur Bildung des Sterlingblocks kam. Diesen Ländern standen andere gegenüber, die am Goldstandard zunächst festhielten, so vor allem die USA bis 1933 und Frankreich bis 1936, ihn aber dann ebenfalls aufgeben mussten.

Insgesamt entwerteten sich im Verlauf der Weltwirtschaftskrise die Währungen von nicht weniger als 56 Staaten des kapitalistischen Systems, wobei die Abwertung von den imperialistischen Ländern als Kampfmittel im Ringen um Weltmarktpositionen benützt wurde. Anstelle der normalen Valutazirkulation auf dem Weltmarkt entwickelte sich ein Währungskrieg, hauptsächlich zwischen dem Sterlingblock unter britischer und dem Dollarblock unter amerikanischer Führung.

Die Krise des Welthandels

Die Krise musste zwangsläufig auch zu einer starken Störung der internationalen wirtschaftlichen Kooperation führen. Der Welthandelsumsatz ging ungefähr auf ein Drittel des Umfangs von 1928/29 zurück. In Großbritannien verringerte sich der Außenhandel um mehr als 50%, ebenso in Frankreich, das – der Konkurrenz Großbritanniens, der USA und Deutschlands nicht gewachsen – eine Reihe seiner Positionen auf dem Weltmarkt aufgeben musste. Noch schärfer waren abhängige und koloniale Länder wie Argentinien, Brasilien, Chile, Kuba, Ägypten, Indien, Indonesien usw. betroffen, deren Exporte (Weizen, Kaffee, Zucker, Fleisch, Salpeter, Kupfer, Baumwolle, Kautschuk) wertmäßig um rund 60% zurückgingen.

Da die Krise sich auf die gesamte kapitalistische Welt ausbreitete, war es keinem Staat mehr möglich, sich auf Kosten anderer Länder aus ihr zu befreien. Dennoch wurde alles versucht, die eigenen Interessen zum Schaden der ausländischen Konkurrenten zu wahren. In der Hoffnung, die Absatzbedingungen auf dem inneren Markt zu verbessern, brachte z.B. die Hoover-Regierung in den USA im Juni 1930 ein Gesetz ein, durch das die Einfuhrzölle für ausländische Waren beträchtlich erhöht wurden. Als daraufhin andere kapitalistische Länder ebenfalls die Schutzzölle erhöhten, wurde der

Absatz amerikanischer Waren auf den Auslandsmärkten noch mehr erschwert.

Die Folge war ein erbitterter Handelskrieg. Von Juni 1931 bis April 1932 gingen 76 Länder dazu über, die Zolltarife zu erhöhen, die Devisenausgaben für den Ankauf ausländischer Waren einzuschränken und Importbegrenzungen einzuführen, die bis zum direkten Einfuhrverbot reichten. Das System der kapitalistischen Weltwirtschaft zerfiel immer mehr in einzelne, weitgehend voneinander isolierte und in Wirtschaftskriege verwickelte Länder, Auseinandersetzungen, die mehrfach sogar zu militärischen Zusammenstößen führten. Der bolivianisch-paraguayische Krieg von 1932 bis 1935 z.B. war ein Ausdruck der Rivalität zwischen dem britischen und amerikanischen Monopolkapital um den Besitz der ausgedehnten Erdölfelder des Gran Chaco und der reichen Zinnvorkommen Boliviens. Der Bürgerkrieg in Brasilien im Jahr 1932 war in nicht geringem Maße auf die englisch-amerikanischen Auseinandersetzungen um die Rohstoffe und Absatzmärkte dieses Landes zurückzuführen, und auch der peruanisch-kolumbianische Krieg von 1932 bis 1934 spiegelte diesen Konkurrenzkampf wider.

Auswirkungen auf die Volksmassen

Die schwerwiegendste Folge der Weltwirtschaftskrise war eine noch nicht da gewesene Massenarbeitslosigkeit. Nimmt man die 32 wichtigsten Länder der kapitalistischen Welt her, so betrug die Zahl der offiziell registrierten Vollarbeitslosen 1929 5,9 Millionen, 1930 11,7 Millionen, 1931 19,2 Millionen und 1932 26,4 Millionen, um 1933 minimal auf 26,0 Millionen zu sinken. Dazu kamen mehrere Millionen Kurzarbeiter, die oft nur ein bis zwei Tage in der Woche beschäftigt waren. Der Prozentsatz der Vollarbeitslosen im Verhältnis zur Gesamtzahl der industriellen Arbeiterschaft belief sich 1932 in Deutschland auf 43,8% (5,5 Millionen Arbeitslose), in den USA auf 32% (13,2 Millionen Arbeitslose) und in Großbritannien auf 22% (2,8 Millionen Arbeitslose). In Österreich erreichte die Arbeitslosigkeit Ende 1934 mit etwa 770.000 (38,5% der unselbstständig Erwerbstätigen einschließlich der bereits seit Jahren „Ausgesteuerten“) ihren Höhepunkt. In Italien und in der Tschechoslowakei gab es 1932/33 jeweils eine Million Arbeitslose, in Japan 1931 etwa drei Millionen, und in Lateinamerika (hier vor allem unter den Landarbeitern auf den Latifundien) fünf bis sieben Millionen.

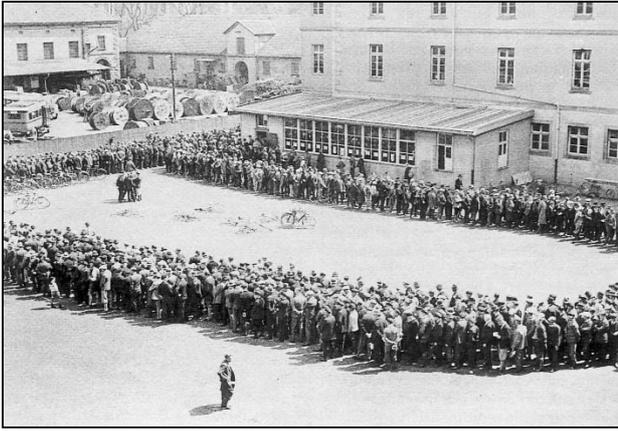


Großfarmer aus dem Staate Texas lassen Milch in Gullys und Flüsse gießen, um die Preise hochzuhalten.

In Ländern mit einer staatlichen Sozialversicherung wurden die Leistungen ständig abgebaut. Die Papen-Regierung in Deutschland verkürzte im Juni 1932 die Dauer der bereits herabgesetzten Arbeitslosenunterstützung auf sechs Wochen (ursprünglich 26 Wochen). Die Zahl derjenigen, die keine Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung mehr erhielten, sondern auf die Pfennige der Wohlfahrt angewiesen waren, betrug im Frühjahr 1930 bereits 680.000 und stieg bis 1932 auf zwei Millionen. In Österreich waren von den 770.000 Arbeitslosen an die 60% ohne jede reguläre Unterstützung.

Wo es keine Sozialversicherung gab, wie etwa in den USA, waren die Arbeitslosen jeglicher Existenzmittel beraubt. Hunderttausende mussten ihre Wohnungen verlassen, weil sie die Miete nicht mehr aufbringen konnten. In den Vororten der Industriestädte vegetierten die Arbeitslosen mit ihren Familien in elenden Barackenlagern, die man zum Hohn auf den Präsidenten der USA „Hoovervilles“ nannte. Besonders hart wurde von der Krise die schwarze Bevölkerung betroffen. Die in den Industriebetrieben beschäftigten Afroamerikaner entließ man bevorzugt zugunsten weißer Arbeiter. Überdies verschärfte die amerikanische Bourgeoisie in den Krisenjahren bewusst die Rassendiskriminierung; immer häufiger wurden farbige Opfer der Lynchjustiz oder anderer Terrorakte.

Wer das Glück hatte, den Arbeitsplatz behalten zu können, musste drastische Lohnkürzungen hinnehmen. In Deutschland fiel der Nettowochenlohn der Industriearbeiter von durchschnittlich 42 Reichsmark im Jahr 1929 auf durch-



Massenarbeitslosigkeit: Schlangen von Arbeitssuchenden vor einem Arbeitsamt der Stadt Hannover 1932.

schnittlich 22 RM im Jahr 1932. Das Existenzminimum in diesen Jahren betrug rund 30 RM bzw. 39 RM pro Woche.

Das Vorhandensein des großen Arbeitslosenheeres nutzte die herrschende Klasse dazu, viele der sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften, die die Arbeiterklasse in jahrelangen zähen Kämpfen erreicht hatte, wieder abzubauen, und dazu, die Krisenlasten auf die Schultern der Volksmassen abzuwälzen. Überall kam es zu einer Erhöhung der Massensteuern bei gleichzeitiger Verringerung der Steuerverpflichtungen für die Großindustriellen und Bankiers, denen man – angeblich um die Krise wirksam zu bekämpfen – Subsidien und Kredite in Milliardenhöhe zukommen ließ.

Neben der Verelendung der Arbeiterschaft stand der Ruin zahlloser Kleinbauern, Kleingewerbetreibenden und Handwerker. Die Gehälter der Angestellten und Beamten sanken beträchtlich. Fühlbar verschlechterte sich auch die Lage der Intelligenz. Männer mit Tafeln um den Hals, worauf zu lesen war: „Bin Akademiker, nehme jede Arbeit!“ standen in den Großstadtstraßen. Mit erschreckender Deutlichkeit trat die Unfähigkeit der kapitalistischen Ordnung zutage, die Produktivkräfte der Gesellschaft sinnvoll zu nutzen und den Volksmassen erträgliche Existenzbedingungen zu sichern.

Klassenkämpfe: Europa

Normalerweise nimmt in Wirtschaftskrisen die Streikbereitschaft unter dem Druck der rapid wachsenden industriellen Reservearmee und der Furcht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes ab. Man sollte annehmen, dass das in der schwersten Krise, die das kapitalistische System bis dahin erlebte, in besonderem Maße der Fall war. Die Tatsachen zeigen aber das Gegenteil. Da die bürgerliche Gesellschaftsschreibung die Dimension der

Klassenkämpfe von unten in den Jahren 1929 bis 1933 aus begreiflichen Gründen entweder verschweigt oder bagatellisiert, ist an dieser Stelle die Darlegung diesen weitgehend unbekanntem Kapitels in gebührendem Umfang ebenso nützlich wie lehrreich.

In *Großbritannien* kam es von 1930 bis 1933 zu 1430 Streiks, an denen 1,3 Millionen Werktätige teilnahmen und durch die den

kapitalistischen Unternehmern 18 Millionen Arbeitstage (samt fehlender Mehrwertschöpfung) verloren gingen. Den größten Umfang nahm die Streikbewegung unter den TextilarbeiterInnen an.

In *Deutschland* wurden im Jahr 1930 366 Streiks gezählt, an denen sich 244.900 Arbeiter beteiligten. Die bedeutendsten waren der Streik der Mansfelder Bergarbeiter im Juni 1930 gegen eine beabsichtigte 15%-ige Lohnkürzung, der Streik im Juli 1930 von 50.000 Metall- und Hüttenarbeitern des rheinisch-westfälischen Industriegebiets und der Streik im Oktober 1930 von 130.000 Berliner Metallarbeitern, der von der kommunistischen *Roten Gewerkschaftsopposition* gegen einen von den Metallindustriellen geplanten 8%-igen Lohnabbau geführt wurde. Im Jahr 1931 fanden rund 500 Streiks statt. Der bedeutendste von ihnen war der Jännerstreik der Ruhrbergarbeiter, dem sich die Bergarbeiter Oberschlesiens anschlossen. 1932 sah 1.100 Streiks, zumeist in Klein- und Mittelbetrieben, von denen die meisten mit einem vollen oder Teilerfolg beendet wurden.

In *Frankreich* kam es in der Zeit der Weltwirtschaftskrise zu einer Welle von Arbeitskämpfen, die nicht selten in Barrikadenkämpfe gegen die Polizei hinüberwuchsen. Die Avantgarde bei diesen Aktionen bildeten die Berg-, Metall- und TextilarbeiterInnen, die Eisenbahner und die Seeleute. Die größten Ausstände waren die der Bergarbeiter des Departements Pas-de-Calais im Frühjahr 1931 gegen eine angekündigte 10%-ige Lohnsenkung, die von 125.000 TextilarbeiterInnen im Mai 1931 in Rubaix und Wervik sowie die der Arbeiter von Vienne im März 1932. Die in den Jahren 1931 bis 1934 ausgefallene Arbeitszeit belief sich auf insgesamt 6,8 Millionen Arbeitstage.

In *Italien*, wo bereits ein faschistisches Regime herrschte, fanden trotz Terrors Massenaktionen der Fabrikarbeiter

Turins, Mailands und Genuas gegen die Kürzung der Arbeitslöhne statt. In Turin demonstrierten die Arbeitslosen im Jahr 1930 drei Tage hintereinander unter der Losung „Arbeit und Brot!“, wobei es zu Zusammenstößen mit der Polizei und berittenen Truppen kam. 10.000 Textilarbeiterinnen streikten acht Tage lang in der lombardischen Provinz Varese.

Spanien erlebte 1931 3.643 Streiks (darunter 20 politische), an denen sich 1,5 Millionen Werktätige beteiligten. Im folgenden Jahr nahmen über eine Million Arbeiter an Streiks teil. Zu besonders großen Aktionen kam es in Oviedo, Malaga, Sevilla und in Katalonien.

In der *Tschechoslowakei* beantworteten die Arbeiter des nordböhmischen Braunkohlenreviers um Most im März 1932 die Entlassung von 15.000 Bergarbeitern und eine Lohnsenkung von 30% mit einem Streik, der in einen politischen Streik, Demonstrationen und blutige Zusammenstöße mit der Gendarmerie ausmündete. Das einheitliche und entschlossene Handeln der Arbeiter zwang die Zechenherren schließlich, die Forderungen der Streikenden zu erfüllen. In der Folge kam es zu weiteren Ausständen der Bauarbeiter, der TextilarbeiterInnen von Brünn und im Oktober 1932 der Metallarbeiter von Prag.

Riesige Ausmaße nahm die Streikbewegung in *Polen* an. 1931 und 1932 streikten die Bergarbeiter der Industriegebiete von Dabrowa und Krakau und die Erdöl-, Metall-, Hütten- und TextilarbeiterInnen von Warschau, Lódz und anderen Zentren. Aufgrund der Massenaktionen musste die Regierung ihren Plan, den Urlaub zu kürzen und verschiedene andere soziale Errungenschaften der Arbeiterklasse zu beseitigen, vorerst aufgeben. Im März 1933 sah Lódz einen weiteren Streik von TextilarbeiterInnen, der von den Arbeitern der städtischen Verkehrsbetriebe und der Gaswerke unterstützt wurde. Insgesamt streikten mehr als 100.000 Menschen, die gegen die Polizeieinheiten Barrikaden errichteten. Auch hier sahen sich die Unternehmer veranlasst, dem Abschluss von Kollektivverträgen und teilweisen Lohnerhöhungen zuzustimmen.

In *Rumänien* kam es 1933 zu großen Kämpfen der Arbeiterschaft, bei denen die Eisenbahner und Erdölarbeiter an vorderster Front standen. Sie richteten sich gegen die Versuche der Regierung und der Unternehmer, die Löhne um 40 bis 50% zu senken und 25% der Arbeiter zu entlassen. Die ausgedehnte Streikbewegung zwang die Herrschenden zum Zurückweichen:

die Forderungen der Eisenbahner und Erd-
ölarbeiter wurden akzeptiert.

Zu den Klassenkämpfen der Industrie-
arbeiterschaft gesellten sich in mehreren
europäischen Ländern die der Bauern
und des ländlichen Proletariats.

In *Frankreich*, dessen zahlenmäßig
große Bauernschaft von der Krise hart
getroffen wurde und dessen Einnahmen
aus der Landwirtschaft 1934 nur 17 Mil-
liarden Francs gegenüber 44,8 Milliar-
den im Jahr 1929 ausmachten, kämpften
die Bauern in Massenaaktionen gegen die
Erhöhung der Steuern, gegen die Herab-
setzung der Preise für Agrarprodukte
und gegen die Zwangsversteigerung ih-
res Vermögens. Die Landarbeiter prote-
stierten gegen Lohnkürzungen und for-
derten die Reduzierung des Arbeitstages
sowie die Einführung der Sozialversi-
cherung zu Lasten der Grundbesitzer.

In *Italien* erfasste die Bauernbewegung
im Jahr 1930 vorwiegend die Po-Ebene
und den Süden des Landes. In dem Ort
Martina Franca nördlich von Tarent grif-
fen die Bauern die Gemeindeverwaltung
an und brannten das Steueramt und den
faschistischen Klub nieder. Auf den
Reisplantagen Piemonts streikten 20.000
LandarbeiterInnen und erzielten dabei
einen Teilerfolg. Im folgenden Jahr und
Anfang 1933 beteiligten sich Zehntau-
sende von Bauern in Piemont, der Toska-
na und auf Sizilien am Kampf gegen die
hohen Steuern. Nicht selten entwaffneten
sie die Polizei, verprügelten die Steuer-
einnahmer und stürmten die Munizipal-
verwaltungsgebäude.

In *Spanien*, wo die ländliche Bevölke-
rung entweder über keinen oder nur sehr
geringen Besitz an Grund und Boden ver-
fügte (auf 1.444 Latifundien entfiel mit
drei Millionen Hektar Land eine etwa
ebenso große Bodenfläche wie auf die
acht Millionen Kleinstparzellen landar-
mer Bauern), teilten die Bauern die Län-
dereien der Gutsbesitzer in den Provinzen
Granada, Malaga und Cordoba eigen-
mächtig auf, entwaffneten die *Guardia
Civil* und bildeten bewaffnete Abteilun-
gen. 1931/32 setzten in vielen Dörfern
Andalusiens Landarbeiter und Bauern die
Anwesen der verhasstesten Großgrund-
besitzer in Brand, belegten deren Land,
Vieh und landwirtschaftliche Geräte mit
Beschluss und gründeten Bauern- und
Landarbeiterkomitees. 1934 kam es in
Südspanien zu einem Streik von 500.000
Landarbeitern, der 15 Tage dauerte.

In der *Tschechoslowakei* wurde 1931
und 1932 die gesamte Karpatoukraine
von Bauernunruhen erfasst. Die armen
Bauern weigerten sich, die Pacht zu be-

zahlen, trieben ihr Vieh auf die Weiden
der Gutsbesitzer und entwaffneten in
mehreren Fällen die Gendarmerie. An
den Aktionen beteiligten sich etwa
60.000 landarme Bauern mit ihren Fami-
lien sowie an die 30.000 Landarbeiter.
Durch diese Klassenkämpfe sah sich die
Regierung in Prag genötigt, den Ausver-
kauf der Bauernwirtschaften vorüberge-
hend zu unterbinden.

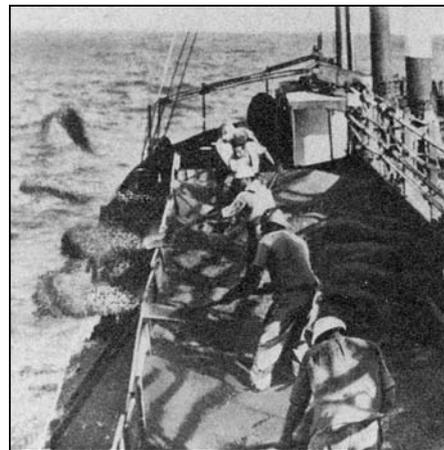
In *Jugoslawien*, wo in den Jahren der
Weltwirtschaftskrise die Großgrundbe-
sitzer und Großbauern die bestehenden
Verträge mit den Landarbeitern aufho-
ben, deren Arbeitslöhne um 20 bis 30%
senkten und gleichzeitig die Arbeitszeit
verlängerten, waren bis zu 75% der
Landarbeiter arbeitslos. Gemeinsam mit
den Kleinbauern, die durch maßlose
Steuern ruiniert wurden, leisteten sie den
Beamten, Polizisten und Gendarmen er-
bitterten Widerstand, der teilweise be-
waffnete Formen annahm.

Regelrechte Bauernaufstände brachen in
Polen aus. Im Juni 1932 wehrten sich in
der Westukraine die Bauern in blutigen
Kämpfen zwei Wochen lang gegen Ein-
heiten der regulären Armee und der Gen-
darmerie. Ihrem Beispiel folgten die land-
armen Bauern Wolhyniens, die sich gegen
die unerträglich hohen Steuern auflehnten.
Von September bis November 1932
streikten in den Wojewodschaften War-
schau, Kielce, Lemberg und Łódź die
Landarbeiter. Den Höhepunkt erreichte
die Bauernbewegung im Sommer 1933. In
verschiedenen Kreisen der Wojewod-
schaften Krakau und Lemberg nahmen
100.000 Bauern den bewaffneten Kampf
auf. Sie forderten die Senkung der Steu-
ern, das Verbot gerichtlicher und polizeil-
cher Verfolgungen sowie die Freilassung
der Inhaftierten. Den Gutsbesitzern nah-
men sie Lebensmittel und Vieh weg. Die
Kämpfe dauerten einen ganzen Monat; 50
Bauern wurden dabei getötet, Hunderte
verwundet und Tausende verhaftet.

Klassenkämpfe: übrige Welt

Selbst in den *USA*, wo sozialistisches
Gedankengut unter der Arbeiterklasse so
gut wie nicht verankert war und im Jahr
1929 nur 40% der Arbeiter einer Ge-
werkschaft angehörten, stiegen die
Streikzahlen in der Krise an: 1930
157.000 streikende Arbeiter, 1931
337.000, 1933 über eine Million.

In *Japan* setzten sich die Arbeiter mit
zahlreichen Kampfmaßnahmen gegen
Entlassungen, Lohnsenkungen und ge-
gen die Verlängerung des Arbeitstages
zur Wehr. Im Jahr 1931 betrug die Zahl
der Streiks das Zweieinhalbfache von



An den Küsten Brasiliens werden 22 Mil-
lionen Sack Kaffee ins Meer geschüttet.

der des Jahres 1928. Die Streikaktionen
unterschieden sich von früheren Arbeits-
kämpfen durch ihren organisierten Cha-
rakter und ihre längere Dauer.

In *Argentinien* erreichte die Streikbe-
wegung solche Ausmaße, dass sich die
Regierung Irigoyen zu Zugeständnissen
gezwungen sah und unter anderem den
Achtstundentag einführen musste. Auch
die Landarbeiter und Pächter nahmen
den Kampf gegen die Großgrundbesitzer
und ausländischen Gesellschaften auf.
Neben der Senkung des Pachtzinses, der
Steuern und Eisenbahntarife verlangten
sie von der Regierung, Maßnahmen zu
ergreifen, dass die Exmittierungen und
Vertreibungen der Bauern von ihren Par-
zellen eingestellt werden.

In *Brasilien* sanken während der Welt-
wirtschaftskrise die Löhne der Arbeiter
um 30 bis 40%, während die Lebenshal-
tungskosten um fast 250% stiegen. Die
Streikbewegung schwoll unter diesen
Umständen schnell an. Von Jänner 1931
bis Mai 1932 fanden 70 große Streiks der
Textilarbeiter, Eisenbahner, Kraftfahrer,
Seeleute, Hafenarbeiter und Arbeiter der
kommunalen Betriebe statt. Gleichzeitig
verstärkte sich die Bauernbewegung.
Vor allem im Nordosten des Landes
bemächtigten sich die Bauern der Länd-
ereien der Großgrundbesitzer und teilten
sie unter sich auf. Die Landarbeiter führ-
ten mehrere Streiks durch und stürmten
mancherorts die Lebensmittellager.

In *Mexiko* startete die herrschende
Schicht eine groß angelegte Offensive
gegen die Arbeiterklasse. Im August
1931 wurden neue Arbeitsgesetze erlas-
sen, in denen das Verbot aller politischen
Streiks und die Zwangsschlichtung aller
Konflikte zwischen Unternehmern und
Arbeitern durch Schiedsgerichte dekreti-
ert wurden. Dagegen und gegen die
Entlassungen und den fortgesetzten
Lohnraub wehrte sich die Arbeiterbewe-

gung mit zahlreichen Streiks und Protestdemonstrationen. Ende 1929 wurde der gesamte Eisenbahnverkehr durch Streik für mehrere Tage völlig lahm gelegt. In den Jahren 1930 bis 1932 streikten die Bergleute, die Arbeiter der Elektrizitätswerke und anderer Kommunalbetriebe, die TextilarbeiterInnen und die ArbeiterInnen in der Schuhindustrie.

Kuba, dessen Zuckerindustrie in normalen Zeiten 80% des Nationaleinkommens

erwirtschaftete, wurde von der Weltwirtschaftskrise besonders schwer getroffen. Der Zuckerexport verringerte sich um ein Drittel, die Zahl der Arbeitslosen stieg auf 600.000. Der starke Exportrückgang hatte eine drastische Kürzung der für Kuba so notwendigen Lebensmitteleinfuhren zur Folge, wodurch die Masse der werktätigen Bevölkerung zum Hunger verurteilt wurde. Im Sommer 1933 erfasste eine mächtige Streikwelle die Karibikinsel, in

deren Verlauf die Arbeiter Selbstschutzabteilungen bildeten und etliche Fabriken besetzten. Am 14. Juli 1933 begann in Havanna ein Streik der Omnibusfahrer, der auf einen Aufruf der Gewerkschaften hin durch Solidaritätsstreiks in anderen Betrieben unterstützt wurde. Am 4. August 1933 wuchs die Bewegung in einen Generalstreik über, der sowohl die Industrie als auch den Handel und den Verkehr erfasste.

In *Indien*, wo die Löhne um 30 bis 40% sanken, führte die Arbeiterschaft heftige ökonomische Kämpfe. 1929 streikten 532.000 Arbeiter, vor allem Textilarbeiter, Arbeiter der Juteindustrie Kalkuttas und die Eisenbahner von Madras und Lahore. An den Streiks des Jahres 1930 beteiligten sich mehr als 200.000 Menschen; die meisten Ausstände wurden von den Arbeitern Bombays initiiert. Am besten organisiert war ein Streik der 80.000 Bediensteten der „Groß-Indischen Eisenbahn“, der fast ein Jahr dauerte. Auch in den folgenden Jahren fanden in der Juteindustrie Bengalens, in den Textilfabriken von Madras, im Pandschab und in anderen Industriezentren große Streikkämpfe statt.

In der französischen Kolonie *Indochina* (Vietnam, Kambodscha und Laos) wurden 1930 an die 100 Streiks durchgeführt. In Nam-dinh streikten mehrere tausend Textilarbeiter, und die Färber schlossen sich mit Solidaritätsstreiks an. Als die Streikführer verhaftet wurden, kam es in der Stadt zu einer großen Protestdemonstration, an der sich erstmalig auch Frauen beteiligten. Bald danach griff die Ausstandsbewegung auch auf andere Bezirke Vietnams über, so auf die Bergwerke im Kohlenrevier von Hanchai, auf das Werk „Ba-schon“ in Saigon, auf die Zündholzfabrik in Benthjui und auf die Elektrizitätswerke von Hanoi und Haiphong. Im März und April 1930 streikten außerdem 1.300 Kulis auf den Plantagen des französischen Kautschukkönigs Michelin in der Provinz Bienhoa. Kurz darauf, im Mai 1930, begann eine Welle von Massenaktionen der Bauern. Unter den Losungen „Das Land den Bauern!“, „Weg mit den Steuern!“ und „Hilfe den Dürregeschädigten!“ protestierten 20.000 Bauern von Ngo-an gegen ihr Dasein, das sich von Sklavenbedingungen kaum unterschied.

Bürgerlicher Staat und Krise am Beispiel des „New Deal“

Bei der retrospektiven Einschätzung der verheerenden Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise seitens bürgerlicher

Zahlen zur Weltwirtschaftskrise 1929–1933

Index der Industrieproduktion in ausgewählten Ländern (1929 = 100)

	1930	1931	1932	1933
USA	81	68	54	64
Deutschland	86	68	53	61
Großbritannien	92	84	83	88
Frankreich	99	86	72	81

Kohleförderung (in Millionen Tonnen)

	1929	1932
USA	551,2	325,4
Großbritannien	262,0	212,1
Deutschland	215,8	141,5
Frankreich	54,5	46,9

Stahlerzeugung (in Millionen Tonnen)

	1929	1932
USA	57,3	13,9
Großbritannien	9,8	5,3
Deutschland	18,2	7,1
Frankreich	9,7	5,6

Außenhandel in Millionen Dollar

	Export	1929	1932	Import	1929	1932
USA		5157	1576		4339	1325
Großbritannien		3549	1280		5407	2276
Deutschland		3212	1367		3203	1112
Frankreich		1966	774		2282	1171

Preise verschiedener Rohstoffe 1929–1933

	1929	1930	1931	1932	1933
Kakao	10,79	6,26	4,47	3,71	4,60
Kaffee	23,5	10,5	8,4	10,5	9,2
Zucker	3,98	3,14	3,28	2,72	2,96
Weizen	1,50	0,77	0,71	0,49	0,54
Baumwolle	18,04	9,16	5,78	4,99	6,19
Mais	91,9	64,9	34,5	18,8	20,6
Seide	5,20	2,69	2,18	1,27	2,17
Kautschuk	20,56	8,19	4,63	2,69	3,03
Zink	6,78	4,09	3,15	2,79	3,01
Zinn	45,38	25,27	21,35	19,24	24,34
Blei	6,80	4,95	3,59	2,88	3,03

Exportrückgang ausgewählter Länder 1929–1933

Exportrückgang in %	Land
über 80	Chile
75–80	China
70–75	Kuba, Peru, Bolivien, Malaya
65–70	Argentinien, Guatemala, Mexiko, Kanada, Indien, Ceylon, Indonesien, Irland, Spanien
60–65	Brasilien, Nicaragua, Ägypten, Nigeria, Griechenland, Ungarn, Niederlande, Polen, Jugoslawien
55–60	Ecuador, Honduras, Dänemark, Neuseeland
50–55	Kolumbien, Paraguay, Australien, Bulgarien, Finnland
45–50	Iran, Norwegen, Portugal, Rumänien
30–45	Venezuela, Türkei, Philippinen

Ökonomen und Historiker wird in der Regel die damals fehlende „Krisenfeuerwehr“ als Grund angegeben. Die Regierungen in den USA, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Österreich und anderen Ländern seien dem Niedergang der Volkswirtschaften rat- und machtlos gegenübergestanden und hätten noch dazu falsch reagiert. Die richtigen Mittel zur Krisenbekämpfung seien hingegen von Roosevelt mit dem „New Deal“ praktisch angewandt und von Keynes mit seinem Rezept des antizyklisch wirkenden staatlichen „Deficit-Spendings“ theoretisch ausgearbeitet worden.

Darin liegt zweifellos ein Stück Wahrheit. Betrachtet man aber den ab Herbst 1932 einsetzenden (zwar noch zaghaften, aber doch zu konstatierenden) Wiederbelebungsprozess des Weltkapitalismus näher, ergibt sich ein nüchterneres Bild. Denn es waren in erster Linie die inneren Mechanismen des Systems, die spontanen ökonomischen Reaktionen der kapitalistischen Wirtschaft, die Ablösung der Vorherrschaft der Störungsfaktoren durch das allmähliche Überwiegen entgegenwirkender, krisenabschwächender und krisenüberwindender Faktoren, die die Voraussetzung für einen neuen Aufschwung schufen. Am Beispiel der USA sei das erläutert.

Die republikanische Regierung Herbert Hoovers, die im März 1929 nur sieben Monate vor dem großen Krach die Amtsgeschäfte übernommen hatte, stand tatsächlich der Krise weitgehend hilflos gegenüber. Sie unternahm im Interesse einer Wiederbelebung der Wirtschaft nur wenig, und das auch noch verspätet, und kaum etwas zur Milderung ihrer sozialen Folgen. Es wäre aber falsch, Hoover als engstirnigen Konservativen anzusehen. Er besaß in Wirtschaftsfragen beträchtliche Erfahrungen und verfügte über politische Fähigkeiten, die ihn unter anderen Umständen zu einem der bedeutendsten Präsidenten der USA gemacht hätten. Hoover blieb gegenüber der Krise auch nicht völlig untätig. Dazu war die Lage zu ernst. Er setzte jedoch auf die selbstregulierenden Kräfte der kapitalistischen Wirtschaft, auf die volle Freiheit der Unternehmerinitiative, auf die „freiwillige“ Kooperation von Staat und Monopolen, hauptsächlich in Form von Regierungsunterstützungen für die Großkonzerne und weniger in Form einer direkten staatlichen Wirtschaftsregulierung. Außerdem dehnte Hoover seine Maßnahmen nicht auf die Sphäre der sozialen Beziehungen aus. Für die Unterstützung der Arbeitslosen und sozial Schwachen

waren nach seinem Konzept lediglich lokale Wohlfahrtseinrichtungen und private Hilfsorganisationen zuständig.

Als im Sommer 1932 die Krise in ökonomischer Hinsicht ihren Tiefpunkt erreichte, begann zwischen Hoover und Roosevelt die Kampagne für die nächste Präsidentenwahl. Die Situation in den USA war mittlerweile derart konfliktgeladen, dass man es bei herkömmlichen Schritten zur Überwindung der wirtschaftlichen Krisenfolgen nicht bewenden lassen konnte. Zur vordringlichsten Aufgabe wurde die Wiederbefestigung der Massenbasis des amerikanischen Kapitalismus und seines politischen Herrschaftssystems. Nach Lage der Dinge konnte das nur durch soziale Reformen und demokratische Zugeständnisse erreicht werden.

Genau darauf zielten die Versprechungen Roosevelts ab, der damit am 8. November 1932 einen eindeutigen Wahlsieg errang. Als er am 4. März 1933 als Präsident angelobt wurde, war die Talsohle der Weltwirtschaftskrise bereits durchschritten. Dennoch blieben die Ergebnisse seiner „New Deal“-Reformpolitik während der berühmten „Hundert Tage“

(März bis Juni 1933) ziemlich bescheiden. Die Industrieproduktion verzeichnete nur eine langsame Aufwärtsentwicklung und befand sich 1935 immer noch deutlich unter dem Vorkrisenstand. Die Arbeitslosenzahlen verringerten sich bis 1935 zwar um einige Millionen, lagen aber immer noch bei elf Millionen. Die Reallöhne, die in der Krise stark gesunken waren, stiegen ab 1933 wieder an, erreichten 1935 aber ebenfalls noch nicht wieder den Stand von 1929. Es waren die großen Konzerne, die im Bereich der Einkommen durch steigende Gewinne zunächst am deutlichsten von den Maßnahmen der ersten Phase des „New Deal“ profitierten, während sich die Lebensbedingungen der städtischen und ländlichen werktätigen Massen nur langsam und ungleichmäßig verbesserten.

Erst in der zweiten Phase des „New Deal“ ab 1935 mit einer Reihe von wichtigen Sozialgesetzen gelang es, die ökonomische Wiederbelebung und Stabilisierung des durch die Weltwirtschaftskrise schwer erschütterten amerikanischen Kapitalismus zu erreichen und seine Massenbasis durch wirtschaftliche,

Neuerscheinungen

Hans Hautmann (Hg.): **„Wir sind keine Hunde“. Das Protokoll des Arbeitertages vom 5. November 1916 in Wien**

Mit einem Anhang: „Zur Naturgeschichte des Eisenkartells“

Wien: Verlag der Alfred Klahr Gesellschaft 2009 (Quellen & Studien, Sonderband 11), 112 S., 8,- Euro, ISBN 978-3-9501986-7-6

Die beiden im Buch wiedergegebenen und mit einer Einleitung versehenen Dokumente aus der Zeit des Ersten Weltkriegs in Österreich sind drastische Beispiele dafür, zu welchen Resultaten die Ausbeutung arbeitender Menschen im kapitalistischen System führen kann. Da sich in manchen Bereichen der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit die heutigen Zustände den einstigen bereits wieder annähern, kann die Lektüre der Dokumente neben dem historischen auch aktuellen Erkenntniswert für sich beanspruchen.



Peter Goller: **„Während der Schlacht ist es schwer, Kriegsgeschichte zu schreiben, ...“** Geschichtsschreibung der österreichischen Arbeiterbewegung vor 1934. Wien: Verlag der Alfred Klahr Gesellschaft 2009 (Quellen & Studien, Sonderband 10)

112 S., 8,- Euro, ISBN 978-3-9501986-6-9

Viktor Adler hat 1908 bedauert, dass die „notwendigsten Vorarbeiten für ein eindringendes Verständnis der Geschichte der proletarischen Bewegung fehlen“: „Während der Schlacht ist es schwer,

Kriegsgeschichte zu schreiben, (...)“ Die bürgerliche Geschichtswissenschaft an den österreichischen Universitäten ignorierte das Thema. Vielmehr entstanden die ersten historischen Rückblicke am Ende des 19. Jahrhunderts zur eigenen Selbstverständigung, zum „Behelf der Agitation“ aus der sozialdemokratischen und auch aus der „anderen“ radikalen Arbeiterbewegung selbst. Wichtige erste Beiträge zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung lieferten etwa Carl Grünberg, Ludwig Brügel, Julius Deutsch, Emil Strauß oder August Krkal.

Bezugsmöglichkeit: klahr.gesellschaft@aon.at

soziale und politische Reformen in bürgerlich-liberaler Richtung zu stärken und zu festigen.

Politische Folgen

Die USA waren schon damals das wichtigste Land der kapitalistischen Welt, aber nur eines unter vielen, in denen die Entwicklung eine andere Richtung nahm. Generell betrachtet untergrub die Weltwirtschaftskrise in breiten Bevölkerungsschichten den Glauben an die Stabilität und Rationalität des kapitalistischen Wirtschaftssystems, und die Erbitterung über die entstandene Lage führte zu einem Anwachsen antikapitalistischer Stimmungen. Auf der einen Seite wurde dadurch das Lager des Sozialismus und der nationalen Befreiungsbewegung in den Kolonien und abhängigen Ländern gestärkt, auf der anderen Seite aber auch die Tendenz der herrschenden Klassen, angesichts der Labilität ihrer Lage auf den bürgerlichen Parlamentarismus zu verzichten und zum Zweck der Unterdrückung der Arbeiter- und kommunistischen Bewegung auf die Errichtung faschistischer Diktaturen Kurs zu nehmen. Während in Spanien 1931 eine Revolution ausbrach, der König gestürzt und die Republik errichtet wurde, marschierte im gleichen Jahr in Ostasien die japanische Armee in Nordchina ein und eroberte die Mandschurei. In allen Teilen der Welt bildeten sich neue Spannungsherde. Die europäischen faschistischen Bewegungen gewannen aus dem Heer des durch die Weltwirtschaftskrise entwurzelten

Kleinbürgertums eine Massenbasis. Der Nationalsozialismus konnte bei den Reichstagswahlen 1930 und 1932 seine Stimmen sprunghaft erhöhen, wurde zur stärksten Partei in Deutschland und gelangte im Jänner 1933 auf massives Drängen des Monopolkapitals an die Macht. Die Zahl der faschistisch oder autoritär regierten Staaten, darunter Österreich, wuchs, die Demokratie befand sich auf dem Rückzug. Mit Riesenschritten näherte sich so die Menschheit der nächsten Katastrophe des 20. Jahrhunderts, dem Zweiten Weltkrieg.

Auswahlbibliographie:

Otto Bauer, Kapitalismus und Sozialismus nach dem Weltkrieg, Bd. 1: Rationalisierung und Fehlrationalisierung, Wien 1931
Eugen Varga, Die große Krise und ihre politischen Folgen. Wirtschaft und Politik 1928–1934, Moskau 1934
Eugen Varga, 20 Jahre Kapitalismus und Sozialismus, Moskau 1938
Kurt W. Rothschild, Austria's Economic Development Between the Wars, London 1947
Andres Predöhl, Die Epochenbedeutung der Weltwirtschaftskrise von 1929–1932, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, München, Jg. 1953, Nr. 1
Wilhelm Grotkopp, Die große Krise. Lehren aus der Überwindung der Weltwirtschaftskrise 1929/32, Düsseldorf 1954
Kurt W. Rothschild, Wurzeln und Triebkräfte der Entwicklung der österreichischen Wirtschaftsstruktur, in: Österreichs Wirtschaftsstruktur gestern – heute – morgen, hg. von Wilhelm Weber, Bd. 1, Berlin 1961
Andreas Predöhl, Das Ende der Weltwirtschaftskrise. Eine Einführung in die Probleme der Weltwirtschaft, Hamburg 1962
Jürgen Kuczynski, Studien zur Geschichte der zyklischen Überproduktionskrisen in Deutschland 1918 bis 1945, 2. Aufl., Berlin 1965 = Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 15
Weltgeschichte in zehn Bänden, Hauptredaktion: J. M. Shukow (Leiter), Bd. 9, Berlin 1967
Karl Ausch, Als die Banken fielen. Zur Soziologie der politischen Korruption, Wien–Frankfurt/M.–Zürich 1968
Wolfram Fischer, Deutsche Wirtschaftspolitik 1918–1945, 3. Aufl., Opladen 1968
Eric J. Hobsbawm, Industrie und Empire. Britische Wirtschaftsgeschichte seit 1750, 2 Bände, Frankfurt/M. 1969
Kurt Gossweiler, Großbanken-Industriemonopole-Staat. Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914–1932, Berlin 1971
Charles P. Kindleberger, Die Weltwirtschaftskrise 1929–1939 = Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert, hrsg. von Wolfram Fischer,

Band 4, München 1973

Hans Mottek/Walter Becker/Alfred Schröter, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriss, Band III: Von der Bismarckschen Reichsgründung 1871 bis zur Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus 1945, 2. Aufl., Berlin 1975

Karl Haas, Industrielle Interessenpolitik in Österreich zur Zeit der Weltwirtschaftskrise, in: Jahrbuch für Zeitgeschichte, Wien, Jg. 1978, Nr. 1

Dieter Stiefel, Arbeitslosigkeit. Soziale, politische und wirtschaftliche Auswirkungen – am Beispiel Österreichs 1918–1938, Berlin 1979

Hans Kernbauer/Eduard März/Fritz Weber, Die wirtschaftliche Entwicklung, in: Österreich 1918–1939. Geschichte der Ersten Republik, hg. von Erika Weinzierl und Kurt Skalnik, Graz 1983, Bd. 1

Rüdiger Horn/Peter Schäfer, Geschichte der USA 1914–1945, Berlin 1986

Dieter Stiefel, Die große Krise in einem kleinen Land. Österreichische Finanz- und Wirtschaftspolitik 1929–1938, Wien 1988

Dieter Stiefel, Finanzdiplomatie und Weltwirtschaftskrise – die Krise der Credit-Anstalt 1931 und ihre wirtschaftlich-politische Bewältigung, Frankfurt/M. 1988

Harold James, Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1929–1936, Stuttgart 1988

Peter Wilding, „...für Arbeit und Brot“. Arbeitslosigkeit in Bewegung. Arbeitslosenpolitik und Arbeitslosenbewegung in der Zwischenkriegszeit in Österreich, Wien–Zürich 1990 = Materialien zur Arbeiterbewegung 55

Fritz Blaich, Der schwarze Freitag. Inflation und Wirtschaftskrise, München 1990

Rainer Meister, Die große Depression. Zwangslagen und Handlungsspielräume der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Deutschland 1929–1932, Regensburg 1991

Roman Sandgruber, Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Wien 1995 = Österreichische Geschichte, hg. von Herwig Wolfram

Fritz Weber, Die wirtschaftliche Entwicklung, in: Handbuch des politischen Systems. Erste Republik 1918–1933, hg. von Tálos/Dachs/Hanisch/Staudinger, Wien 1995

Fritz Weber, Staatliche Wirtschaftspolitik in der Zwischenkriegszeit, in: Handbuch des politischen Systems. Erste Republik 1918–1933, hrsg. von Tálos/Dachs/Hanisch/Staudinger, Wien 1995

Philipp Heyde, Das Ende der Reparationen. Deutschland, Frankreich und der Young-Plan 1929–1932, Paderborn 1998

Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, 4. Aufl., München 2000

Gerhard Senft, Im Vorfeld der Katastrophe. Die Wirtschaftspolitik des Ständestaates. Österreich 1934–1938 = Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte der Neuzeit, Bd. 15, Wien 2002

Öffentlicher Vortrag von

Dr. Harald Walser

(Abgeordneter zum Nationalrat,
Bildungssprecher im
Grünen Parlamentsklub)

Schule und Gerechtigkeit

Probleme unseres Schulsystems und mögliche Auswege
anschließend Diskussion

Sa., 28. November 2009, 14.00

Café 7Stern

Siebensterngasse 31, 1070 Wien



Unmittelbar im
Anschluss an den
Vortrag findet die

General-
versammlung

der ALFRED KLAHR
GESELLSCHAFT statt.

Die österreichische Sozialdemokratie über die Weltwirtschaftskrise

Am 9. November 1930 fanden in Österreich Nationalratswahlen statt, übrigens die letzten der Ersten Republik. Im „Sozialdemokratischen Wahlhandbuch“, einem Konvolut von 34 Heften mit Argumentationsunterlagen für die Funktionäre im Wahlkampf, beschäftigt sich das Heft 1 mit der Weltwirtschaftskrise. Der Text ist sowohl deshalb bemerkenswert, weil er zu einem frühen Zeitpunkt entstand, im Sommer 1930, als die Krise ihr volles Ausmaß noch keineswegs erreicht hatte, als auch deshalb, weil er die Krisenursachen marxistisch korrekt erklärt. Der Wortlaut ist um eine Passage unwesentlichen Inhalts gekürzt. Die Hervorhebungen folgen dem Original.

HANS HAUTMANN

Weltkrise und Kapitalismus

Die Wirtschaft der ganzen Welt ist von einer beispiellosen Krise ergriffen. Der Bankrott großer Firmen aus den verschiedensten Ländern wird gemeldet, die Bodenkreditanstalt, die Frankfurter Allgemeine Versicherungsanstalt, der englische Hatry-Konzern, durchwegs Finanzinstitute größten Ausmaßes, von denen Industrieunternehmungen mit Tausenden von Arbeitern abhängen, haben schimpflichen Zusammenbruch erlebt.

Nur wenige Länder konnten bisher der Krise entgehen, die überall die Arbeitslosigkeit ins Maßlose steigert, die Betriebe zum Stillstand bringt, die Warenlager anwachsen und die Preise sinken lässt. Wie schon so oft, wiederholt sich das Schauspiel, dass in derselben Zeit, da Millionen von Menschen hungern, die Scheunen der Landwirte voll sind von Getreide, das sie nicht verkaufen können, dass zu derselben Zeit, da die Menschen sich nichts zum Anziehen kaufen können, die Spinnereien und Webereien wegen Absatzmangels sperren müssen. *Man schätzt die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten auf 5 bis 6 Millionen, sie beträgt in Deutschland jetzt, in der günstigsten Zeit, rund 2 Millionen und wird im Winter vielleicht 3 Millionen übersteigen. Etwa ebenso hoch ist die Arbeitslosigkeit in England, so dass in diesen drei Ländern, die für den Weltmarkt ausschlaggebend sind, allein etwa 10 Millionen Menschen zu feiern gezwungen sind.*

Rechnen wir dazu die Erwerbslosigkeit in Österreich, Italien, Ungarn, Polen, Indien, im Fernen Osten, so können wir die

Zahl der durch diese Krise aus ihrem Beruf gerissenen Arbeiter und Angestellten auf etwa 15 Millionen schätzen. Die Bedeutung dieser Zahl wird so recht klar, wenn man bedenkt, dass in Deutschland nach der letzten Betriebszählung in Handel, Gewerbe, Industrie und Verkehr rund 17 Millionen Menschen beschäftigt waren. Es sind also heute in der Welt etwa soviel Menschen arbeitslos, als in Deutschland Beschäftigung finden.

Wodurch ist diese Krise zu erklären? Noch im vorigen Jahr war in den meisten Ländern eine gute Konjunktur zu verzeichnen. Namentlich gilt das von den Vereinigten Staaten, wo alle Produktionsziffern unerhörte Rekorde erreichten, wo es keine Arbeitslosigkeit gab, wo die Preise hoch waren und im Handel sowie an der Börse gut verdient wurde. Aber gerade diese fieberhafte Anspannung der Produktion führte die Krise herbei. *Die Planlosigkeit des Kapitalismus ließ auf den wichtigsten Gebieten mehr produzieren, als der Markt aufnehmen konnte, und so kam es schließlich zu einem völligen Zusammenbruch.*

(...) Die Begleiterscheinung jeder guten Konjunktur ist die Spekulation auf den Waren- und Wertpapierbörsen. Sie erreichte namentlich in Neuyork einen Umfang, den man sich in Europa kaum vorstellen kann. Die Kredite, die zu Spekulationszwecken an die Börsenhändler in Neuyork gegeben wurden, wuchsen im September 1929 auf die phantastische Summe von 8,5 Milliarden Dollar an, das sind rund 60 Milliarden Schilling. Ende Oktober 1929 erfolgte ein plötzlicher Zusammenbruch an der Neuyorker Börse, der binnen wenigen Tagen die Kurse der wichtigsten Wertpapiere auf den halben Stand herunterdrückte. Damit setzte die Krise ein, die binnen kurzer Zeit die ganze Welt ergriff. Während in den Zeiten der wildesten Spekulation Zinsen von 8, 10 und 12 Prozent bezahlt wurden, herrscht jetzt auf einmal Geldüberfluss, weil niemand mehr sein Geld in Spekulationen oder in sonstige Unternehmungen stecken wollte. Während vor einem Jahre nicht Geld genug für Spekulationszwecke aufzutreiben war, wird heute in Neuyork, in Paris und London Geld zu 1 und 2 Prozent Zinsen angeboten, ohne dass sich genügend Abnehmer fänden, die den Geldgebern die erforderlichen Sicherheiten für die Rückzahlung stellen können.

Der Kapitalismus steht dieser Krise, deren Ausmaße in der Geschichte beispiel-

los dastehen, nahezu hilflos gegenüber, ja seine Versuche, sie durch Schutzzölle und Kartelle zu lindern, führen nur zu ihrer Verschärfung. Zur gleichen Zeit verlangen die Kapitalisten vom Staate, er möge durch große Staatsaufträge Arbeit und Beschäftigung schaffen, aber auch die Steuern herabsetzen, die angeblich die Produktion behindern, ohne zu bedenken, dass sie damit dem Staate die Mittel entziehen, aus denen allein er die öffentlichen Arbeiten bestreiten könnte. Zur gleichen Zeit verlangen sie weiter eine Herabsetzung der Produktionskosten und Exporttreibung der Zölle, die ihrerseits wieder die Preise und damit die Produktionskosten erhöhen und die ihnen erst die Gründung der preistreibenden Kartelle ermöglichen. Ohne Rücksicht auf die Preiserhöhungen fordern sie von der Arbeiterschaft Lohnsenkungen, ohne zu bedenken, dass jede Lohnherabsetzung auch eine Verminderung der Leistung herbeiführt und dass der Arbeiter bei geringeren Löhnen auch weniger kaufen kann, wodurch die Industrien, die Lebensmittel für ihn herstellen, noch weiter in die Krise hineingetrieben werden.

In diesen Forderungen zeigt sich aufs deutlichste der innere Widerspruch der kapitalistischen Wirtschaft, der immer wieder zum Ausbruch kommen und der die Welt stets von neuem in Krisen schleudern muss. Solange die Produktion nicht geregelt ist, solange sich ihre Gesetze mit der zerstörenden Gewalt von Naturgesetzen durchsetzen, solange wird die Welt immer wieder von Krisen erschüttert, solange werden Arbeiter immer wieder dem Elend der Arbeitslosigkeit preisgegeben werden. *Der Kapitalismus selbst ist außerstande, dieses blinde Spiel der Kräfte zu beherrschen, weil er nur dem schrankenlosen Trieb zum Profit zu folgen vermag. Dieser Trieb lässt ihn jede Vernunft vergessen und macht jede Regelung des Wirtschaftslebens unmöglich. Diese wird erst dann erfolgen können, wenn an die Stelle der Regellosigkeit die Planmäßigkeit, wenn an die Stelle des Profitstrebens das Streben nach möglicher Befriedigung der Bedürfnisse der Gesamtheit, wenn an die Stelle der monopolistischen Herrschaftsmacht einiger weniger Finanzleute, Industriekapitäne und Großgrundbesitzer die organisierte Macht der Gesellschaft – mit einem Wort, wenn an die Stelle des kapitalistischen Systems der Sozialismus gesetzt wird.*

Wege der „wissenschaftlichen Weltauffassung“

Das Rostocker Ehrendoktorat der Medizin für den kommunistischen Wissenschaftler und Arzt Georg Fuchs aus Wien (1973)

GERHARD OBERKOFER

Mit der Berufung (1922) von Moritz Schlick (1882–1936) nach Wien als Nachfolger von Ernst Mach (1838–1916) hatte die „wissenschaftliche Weltauffassung“ im „Roten Wien“ ihren Kristallisationspunkt erhalten.¹ Zur Ethik der Anhänger der „wissenschaftlichen Weltauffassung“ gehörte die in der Tradition der Aufklärung wurzelnde Haltung, die Wissenschaft habe vor allem das menschliche Wohl zu fördern, und zwar aller Menschen und nicht das einer privilegierten Minderheit. Die beiden österreichischen Chemiker Engelbert Broda (1910–1983) und Thomas Schönfeld (1923–2008) vertreten in der Einleitung ihres Buches über die technischen Anwendungen der Radioaktivität die Auffassung: „*Es kann natürlich keine wahre Wissenschaft geben, die nicht früher oder später zu einer Vergrößerung des Wohlstands der menschlichen Gesellschaft führt.*“² Schlick, der ein Opfer der reaktionären Wiener Atmosphäre geworden ist, war ab 1911 in Rostock tätig gewesen und hat dort für seinen Freund Albert Einstein (1879–1955) aus Anlass des 500-jährigen Bestehens der Rostocker Universität das Ehrendoktorat der Medizin (1919) erreicht, es war dies für den Weltgelehrten des 20. Jahrhunderts das einzige Ehrendoktorat einer deutschen Universität, wie ihm ja auch von einer offiziellen akademischen Stelle Österreichs keine Ehrung zuteil geworden ist. Über die vielfältigen Kontakte von Einstein zu Österreich, der als Ordinarius an der k. k. deutschen Karl-Ferdinands Universität in Prag 1911 bis 1912 österreichischer Staatsbürger war, hat der auch um die Kenntnis der materialistischen Grundlagen der österreichischen Wissenschaftsgeschichte so verdiente Engelbert Broda in der *Chemisch-Physikalischen Gesellschaft* in Wien im April 1979 einen Vortrag gehalten, den er für eine Monographie erweiterte.³ Es mag über den historischen Zufall hinausreichen, dass der im Umfeld der „wissenschaftlichen Weltauffassung“ der Wiener Universität heran gereifte Georg Fuchs (geb. in Wien, 25. Oktober 1908, gestorben in Wien, 7. April 1986)⁴ ebenfalls das Ehrendoktorat der Medizin in Rostock erhalten hat.

Studium der Medizin und Physik in Konfrontation mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit

Georg Fuchs ist der Sohn des aus dem deutsch-jüdischen Prag stammenden Wiener Neurologen Alfred Fuchs (1870–1927)⁵, sein Bruder ist Albert Fuchs (1905–1946), der durch sein Buch *„Geistige Strömungen in Österreich 1867–1918“* (Wien 1949) in bleibender Erinnerung ist. In Neuauflagen sind Vorworte von Georg Knepler (1906–2003), dann von Friedrich Heer (1916–1983) abgedruckt.⁶ Albert Fuchs hat in der englischen Emigration die privilegierte, liberal bildungsbürgerliche Atmosphäre seines Elternhauses („*Ein Sohn aus gutem Haus*“) dargestellt. Georg Fuchs studierte an der Wiener Universität nach der Reifeprüfung am Bundesreformrealgymnasium in Wien VIII (28. Juni 1927) Medizin und wurde am 9. Juni 1933 zum Dr. med. promoviert. Während seines Studiums hatte er ein besonderes Interesse für Strahlenheilkunde entwickelt, als deren Pionier der aus einer jüdisch-böhmischen Familie stammende Leopold Freund (1868–1943) anzusehen ist.⁷ Freund, 1938 nach Brüssel geflüchtet, hat in Wien mit seinen Versuchen 1896 nur wenige Monate nach der Entdeckung von sehr durchdringenden Strahlen durch Wilhelm Konrad Röntgen (1845–1923) begonnen. Zur weiteren Spezialisierung inskribierte Fuchs nach Abschluss des Medizinstudiums mit Beginn des Sommersemesters 1933 an der philosophischen Fakultät der Wiener Universität Physik und Mathematik. Er arbeitete als Gastarzt an der I. Medizinischen Klinik und erhielt von Oktober 1933 bis Mai 1934 eine Ausbildung zum Röntgenfacharzt beim Primar Fritz Eisler (1883–1936) am Röntgeninstitut im Wiedner Krankenhaus. Fuchs besuchte Vorlesungen einschließlich „wissenschaftliches Arbeiten“ bei Stefan Meyer (1872–1949), der seit 1910 dem neugegründeten Institut für Radium-Forschung der Akademie der Wissenschaften in Wien (Boltzmann-gasse 3) vorstand, hörte beim Experimentalphysiker Felix Ehrenhaft (1879–1952), beim Theoretischen Physiker Hans Thirring (1888–1976),

beim Spezialisten für allgemeine Relativitätstheorie Friedrich Kottler (1886–1965), der sich mit Hilfe von Einstein in die USA retten konnte, beim Spezialisten für Spektroskopie Eduard Haschek (1875–1947) und beim Mathematiker Philipp Furtwängler (1869–1940). Organische Chemie hat Fuchs bei Ernst Späth (1886–1946) belegt, Physikalische Chemie bei Hermann Mark (1895–1992). Eine einstündige Vorlesung von Arthur Haas (1884–1941) über Vektoranalyse hatte er vor dessen Abreise in die USA besucht. Mit Karl Przibram (1878–1973) diskutierte Fuchs im Radiuminstitut. Zur Vorbereitung auf das Philosophicum besuchte Fuchs die fünfständige Vorlesung „Einführung in die Philosophie“ bei Schlick, auch Vorlesungen von Robert Reininger (1869–1955) und Karl Bühler (1879–1963). Fuchs hat sein Programm an der Philosophischen Fakultät sehr präzise ausgewählt. Da in Österreich wegen der das Land beherrschenden reaktionären Kreise, die am wissenschaftlichen Fortschritt überhaupt nicht interessiert waren, für Fuchs wie für so viele junge Forschungskader keine Festanstellung möglich war, musste er verschiedene kurzzeitige Angebote wahrnehmen, so vor allem 1935 einen ihm von Meyer angebotenen Forschungsplatz am Institut für Radiumforschung⁸, dazu bis 1938 noch Anstellungen im Krankenhaus Lainz, im Spital der Kaufmannschaft und im Rothschildspital. Fuchs konnte sein Studium der Physik und Mathematik also nur mit Unterbrechungen vorantreiben, im Sommersemester 1937 stand Fuchs im achten Semester und war neben seinen vielen anderen Verpflichtungen mit der Ausarbeitung seiner Doktorarbeit befasst. Der Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Österreich, die Machtergreifung der Nazis und die Rassegesetze zwangen Georg Fuchs zur Flucht. Der Almanach der Akademie der Wissenschaften in Wien für das Jahr 1938 druckt noch den Bericht des Radiuminstituts mit Stefan Meyer als Vorstand ab und nennt Georg Fuchs als Mitarbeiter, auch die von Einstein sehr geschätzte Marietta Blau (1894–1970)⁹, die am 12. März 1938 am Abend, einen Tag nach der Kapitulation der öster-

reichischen Regierung, aus Wien geflüchtet ist. Als „Glanzpunkt“ des international verschickten Almanachs dürfte die hohe Akademie aber doch die abgedruckte Rede ihres Präsidenten Heinrich von Srbik (1878–1951) unter dem Titel „Die deutsche Wissenschaft und die Wiener Akademie im Großdeutschen Reich“, gehalten am 23. November 1938, angesehen haben.¹⁰

In Anbetracht seines exzellenten Studienverlaufs und der vielen Probleme, die sich bei seinem Berufsstart ergeben haben, könnte man annehmen, dass Fuchs sich in den dreißiger Jahren ausschließlich seinem wissenschaftlichen und beruflichen Fortkommen gewidmet hat. Das war aber nicht der Fall, vielmehr ist er so wie sein älterer Bruder der Kommunistischen Partei Österreichs zu einer Zeit beigetreten, als diese schon illegal war (1935). Das kann nicht al-

lein auf den Einsatz der KPÖ für ein demokratisches, unabhängiges und für den Frieden eintretendes Österreich zurückzuführen sein. Viele naturwissenschaftlich und gesellschaftswissenschaftlich orientierte Intellektuelle waren vom Versuch der Kommunisten in der Sowjetunion, Naturwissenschaft und Gesellschaftswissenschaft als Einheit für den Aufbau einer neuen Gesellschaft zu nutzen, angezogen. Nichts anderes bedeutet die Auffassung von Wladimir I. Lenin: „Kommunismus = Sowjetmacht + Elektrifizierung“.¹¹ Die Sozialdemokratie war in diesen qualifizierten Kreisen wegen ihrer rückgratlosen Politik völlig diskreditiert, insbesondere nach dem Desaster im Februar 1934. Es gab einige kommunistische Mediziner in Wien wie Georg Fuchs, unter ihnen Franz David (1900–1992), der in die Sowjetunion emigriert ist, in Moskau eine Chirurgische Klinik geleitet und ab Oktober 1944 als Arzt den österreichischen Kontingen-

ten der jugoslawischen Befreiungsarmee geholfen hat, nach Kriegsende nach Wien zurückgekehrt ist und dort als Chefarzt in der Wiener Gebietskrankenkasse gewirkt hat. Oder der spätere Primar des Zentrallabors im Wilhelminenspital Friedrich Scholl (1911–1985), der 1933 der KPÖ beigetreten und 1938 nach Großbritannien ins Exil geflüchtet ist. Samuel Mitja Rapoport (1912–2004) und Fritz Jensen (d.i. Friedrich Jerusalem) (1903–1955) gehören ebenso dazu wie die we-

sitäten nach 1945 sehr beeinflusst hat, wurde Saxl mit der Verweisung von allen österreichischen Hochschulen auf die Dauer des Studienjahres 1934/35 bestraft. Mit der Begründung, dass sie Wohnungen für illegale Zusammenkünfte der Kommunistischen Partei ausfindig gemacht und eine Wohnung kommunistischen Parteigängern zur Verfügung gestellt habe, wurde Saxl vom Bezirkskommissariat Innere Stadt am 24. Dezember 1934 mit 90 Tagen Arrest be-

straft und vom Kommissär Skrbensky daraufhin von allen österreichischen Hochschulen auf die Studienjahre 1935/36 und 1936/37 verwiesen (7. Oktober 1935). Aufgrund einer „gnadenweise Milderung“, wie es in einer amtlichen Bestätigung vom 14. Juli 1949 des Rektors der Wiener Universität Wolfgang Denk (1882–1970) ohne Anführungszeichen und mit Hinweis darauf,



Primarius DDr. Georg Fuchs am Gerät, mit dem die Kobaltkanone im Wiener Franz-Josefs-Spital gesteuert wurde (1968).

niger bekannte Kinderärztin Gertrude Saxl (-Kreilisheim) (1911–1997). Als junge Medizinstudentin ist diese, in der Skodagasse 15 im VIII. Wiener Gemeindebezirk wohnend und im achten Semester ihres Medizinstudiums stehend, vom Polizeikommissariat Alsergrund am 9. Juli 1934 mit sieben Tagen Arrest und 100 S. bestraft worden, weil sie am 30. Juni 1934 in ihrer Handtasche kommunistische Flugblätter verwahrt hat. Von der Bezirkshauptmannschaft Hietzing-Umgebung wurde Saxl am 7. August 1934 mit einer Arreststrafe von 14 Tagen bestraft, weil sie auf die Einfriedung des Sägewerkes in Ebersberg kommunistische Inschriften gemalt hat. Mit Erkenntnis vom 5. Oktober 1934 des Kommissärs für die Aufrechterhaltung der Disziplin unter den Studierenden an den Hochschulen Otto Skrbensky (1887–1952), der nach 1945 als Sektionschef des Unterrichtsministeriums die Entwicklung der österreichischen Univer-

ditäten nach 1945 sehr beeinflusst hat, wurde Saxl mit der Verweisung von allen österreichischen Hochschulen auf die Dauer des Studienjahres 1934/35 bestraft. Mit der Begründung, dass sie Wohnungen für illegale Zusammenkünfte der Kommunistischen Partei ausfindig gemacht und eine Wohnung kommunistischen Parteigängern zur Verfügung gestellt habe, wurde Saxl vom Bezirkskommissariat Innere Stadt am 24. Dezember 1934 mit 90 Tagen Arrest be-

traft und vom Kommissär Skrbensky daraufhin von allen österreichischen Hochschulen auf die Studienjahre 1935/36 und 1936/37 verwiesen (7. Oktober 1935). Aufgrund einer „gnadenweise Milderung“, wie es in einer amtlichen Bestätigung vom 14. Juli 1949 des Rektors der Wiener Universität Wolfgang Denk (1882–1970) ohne Anführungszeichen und mit Hinweis darauf, dass die Bestrafungen „wegen kommunistischer Betätigung“ erfolgt seien, heißt, wurde diese Verweisung auf das Wintersemester 1935/36 beschränkt (6. März 1936). Saxl, die also drei Semester (Studienjahr 1934/35 und Sommersemester 1935) vom Studium ausgeschlossen war, konnte ihr Studium noch vor 1938 mit der Promotion am 9. Juli 1937 zum Doktor der gesamten Heilkunde abschließen.¹² Das klingt heute alles ein bisschen nach lästigen Schikanen, aber das waren diese nicht, es war vielmehr für eine hoch begabte, nach vorne blickende Jugend existentielle Bedrohung. Gertrude Saxl konnte 1938 über London nach den USA emigrieren, wo sie im Juli 1939 ihren Wiener Freund Otto Kreilisheim (1909–1999) heiratete.¹³ Dieser, Sohn eines 1929 pensionierten Hofrats der Wiener Polizeidirektion, hat sein Studium der Germanistik mit einer derzeit nicht mehr auffindbaren Doktorarbeit „Über den Gegen-

satz von *idealistischer und historisch-materialistischer Begriffsbildung in der deutschen Literaturwissenschaft*“ an der Wiener Universität 1933 abgeschlossen, das Philosophicum hat er bei Schlick („ausgezeichnet“) und bei Bühler abgelegt (10. Juni 1933).¹⁴

Emigrant in Brüssel, Istanbul und Jerusalem. Radiologe in der britischen Armee. Arbeit am Neubau Österreichs

Georg Fuchs gelang 1938 die Flucht nach Belgien, wo Karl Przibram als U-Boot dank der guten Kontakte zwischen dem Radiuminstitut und der Union Minière du Haut Katanga in Brüssel die Nazizeit überleben konnte.¹⁵ Von Brüssel emigrierte Fuchs 1939 in die Türkei, wo er bis 1942 als Röntgenologe an der vom deutschen Emigranten Erich Frank (1884–1957)¹⁶ geleiteten Medizinischen Klinik der Istanbuler Universität arbeitete. Der Gründer der Türkischen Republik Mustafa Kemal Atatürk (1881–1938) hat 1933 für seine Universitätsreform hervorragende, aus Deutschland vertriebene Wissenschaftler gewonnen. Mit Erich Frank hatte in Istanbul auch die Wienerin Rosa Maria Rössler (1901–1954) zusammengearbeitet.¹⁷ 1942 ging Fuchs auf Grund der durch den Überfall Hitlers auf die Sowjetunion veränderten internationalen Lage nach Palästina, erhielt ein Stipendium an der Radiologischen Universitätsklinik in Jerusalem, wurde Mitbegründer der *Free Austrian Movement in Palestine* und trat als Freiwilliger und Arzt in die britische Armee ein.¹⁸ Fuchs kam mit der britischen Armee nach Wien zurück, leitete die Röntgenstation in einem Britischen Lazarett in Graz und wurde zum 1. August 1946 als Primararzt am Zentralen Röntgeninstitut des Kaiser-Franz-Josef-Spitals in Wien X von der Stadt Wien angestellt, welche Stelle er bis zu seiner Pensionierung zum 30. April 1974 einnahm. Die bei Fuchs erkennbare Leidenschaft, sich für die Gestaltung eines neuen, demokratischen Österreich einzusetzen und dabei die zeitintensiven Anforderungen in einem anstrengenden, wissenschaftlich praktischen Beruf nicht zu vernachlässigen ist ungewöhnlich. Fuchs publizierte wissenschaftlich und engagierte sich für den Friedenskampf an vorderster Front, überzeugt von der Möglichkeit, die Welt könne verändert werden. Diese Einstellung zeichnet mehrere in der Kommunistischen Partei Österreichs organisierte Wissenschaftler aus, genannt seien hier Engelbert Broda, Wilhelm Frank (1916–

1999), Walter Hollitscher (1911–1986), Georg Knepler, Eduard Rabofsky (1911–1994) oder Thomas Schönfeld. Sie waren, mit Ausnahme von Hollitscher, der 1933 bei Schlick mit einer Arbeit über das Kausalprinzip in der Quantenphysik promoviert hat,¹⁹ alle keine „freigestellten“ Parteintellektuelle wie beispielsweise Ernst Fischer (1891–1978), arbeiteten aber ohne jede Eitelkeit unermüdlich für ihre Parteiorganisation und mussten, weil sie eben Kommunisten waren, in ihren „bürgerlichen Berufen“ quasi doppelte Leistung erbringen. Insbesondere mit Hollitscher und Schönfeld hat Fuchs später in der Friedensbewegung zusammengearbeitet. Es ist auffallend, dass in Erinnerungen von prominenten Parteifunktionären wie Franz Muhri (1924–2001)²⁰, aber auch von Ernst Fischer (1891–1978)²¹ Begegnungen mit Wissenschaftlern keine Rolle gespielt haben, jedenfalls werden ihre Namen dort nicht genannt. Fuchs bedauerte einmal, dass es in der Kommunistischen Partei an der Zusammenarbeit von Angehörigen verschiedener Intelligenzberufe mangelt, obschon sie durch die gemeinsame Weltanschauung des Marxismus-Leninismus prinzipiell verbunden seien.²² Georg Fuchs war Obmann der KPÖ im IV. Wiener Bezirk, Vorstandsmitglied der kommunistischen Ärztegruppe und vor allem beteiligte er sich in führender Position an der österreichischen und internationalen Friedensbewegung. Der Kampf für den Frieden war für ihn untrennbar mit dem Kampf um eine soziale gerechte Welt verknüpft.

Nach seiner Rückkehr nach Wien vollendete Georg Fuchs seine in Jerusalem fortgeführte Dissertation „*Eine neue Methode zur Messung der Intensität der gestreuten Röntgenstrahlen*“, die vom 1946 als Ordinarius und Vorstand des II. Physikalischen Instituts nach Wien zurückgekehrten Karl Przibram (Erstbegutachter) und von Hans Thirring approbiert wurde (29. Jänner 1947). Das Absolutorium wurde ihm am 30. Juni 1947 ausgestellt, am 18. Juli 1947 konnte er zum Dr. phil. promovieren. 1948 publizierte Fuchs „*Die mathematisch-physikalischen Grundlagen der Röntgen- und Radiumtherapie*“²³, ein Buch, das zu einem Standardwerk der Nachkriegszeit wurde. In seinem im Sommer 1947 datierten Vorwort verdeutlicht er, der sich als Radiologe der Britischen Armee mit der anglo-amerikanischen Radiologie theoretisch und praktisch vertraut gemacht hatte, die Zielsetzung, es seien in dem vom Krieg verschonten Ländern neue Entdeckungen

gemacht worden, dieses Wissen gelte es für Österreich nun zu erwerben und zu assimilieren, damit „*soll die österreichische Wissenschaft auch auf dem Gebiete der Strahlentherapie ihren alten ehrenvollen Platz wieder einnehmen*“. Im Frühjahr 1949 gab er für die Praxis einen „*Leitfaden der Röntgentherapie für Studierende und Ärzte*“ heraus.²⁴ Das wissenschaftliche Hauptanliegen von Fuchs, der viele Bereiche der Röntgentechnik, der Berechnung der Herddosis der Kobaltbestrahlung und des Zielvolumens der Strahlentherapie verbessert hat, war die Sensibilisierung maligner Tumore für die Strahlentherapie.²⁵

Der Antrag des Rostocker Leiters der Strahlentherapie Friedrich Held (1911–1978)²⁶ begründet, dass Georg Fuchs nicht nur als Wissenschaftler erfolgreich war, sondern von seiner wissenschaftlichen Weltanschauung öffentlich und, was ein Anliegen des Wiener Kreises war, organisiert in verschiedenen Bereichen Gebrauch gemacht hat. Amtierender Rostocker Rektor war der Historiker Günter Heidorn (*1925), Dekan der Medizinischen Fakultät war Dietrich Mücke (*1920). Ein knappes Jahr vor dem Antrag war vom Akademie Verlag der DDR das umfangreiche, an Ärzte, Biophysiker und Molekularbiologen, auch an andere Naturwissenschaftler und Techniker adressierte Buch von Georg Fuchs „*Die Strahlengefährdung des Menschen in der gegenwärtigen Zivilisation*“ (1971, 512 S.) verlegt worden. Vielleicht hat Held neben der Hochachtung vor der wissenschaftlichen Leistung von Fuchs besonders sympathisch berührt, dass sich dieser besonders für die Solidaritätsbewegung mit dem vom imperialistischen US-Tyrannen mörderisch terrorisierten, heroisch standhaft bleibenden Vietnamesischen Volk eingesetzt hat. Held hat 1956 beim Aufbau eines Krankenhauses in Hanoi geholfen. Die Deutsche Demokratische Republik setzte für ihre weltweite humanitäre Hilfe gut ausgebildete Fachkräfte wie eben den Arzt Friedrich Held ein. Was für ein Unterschied zu den von Militäroperationen begleiteten aggressiven Kapitalinvestitionen des heutigen Deutschland. In Österreich gelang es Ende 1965 einem Komitee von Ärzten mit Fuchs, Chefarzt Obermedizinalrat Dr. Franz David, Polizeiobersanitätsrat Dr. Emanuel Edel, Facharzt Dr. Gertrude Kreilisheim, Medizinalrat Dr. Olga Kurz, Oberphysikatsrat Dr. Peter Lorant und Primar Dr. Friedrich Scholl Vertretern Nordvietnams und der südvietnamesischen Befreiungsfront Medikamente und

medizinische Instrumente im Wert von einer halben Million Schilling zu übergeben. Diese Spende, der weitere folgten, war auf Grund eines Hilfsappells dieser Ärztegruppe zustande gekommen.²⁷ Fritz Jensen, dessen Buch „Erlebtes Vietnam“ (Wien 1955) große Verbreitung gefunden hat, hat den Appell des Wiener Ärztekomitees nicht unterschreiben können, er war am 11. April 1955 einem Attentat angloamerikanischer Mordagenten zum Opfer gefallen.²⁸ Der Aufruf zum Ostermarsch 1968 „Für Frieden in Vietnam, für Rüstungsstop, für den Aufstieg der Dritten Welt, für eine aktive Friedenspolitik Österreichs“ war von Fuchs mit formuliert und, so wie auch von seinem alten Lehrer Karl Prizbram, unterzeichnet worden. Führende Figuren der österreichischen Sozialdemokratie wie der einflussreiche Abgeordnete zum Nationalrat Karl Czernetz (1910–1978) denunzierten dagegen als willfährige Agenten des US-amerikanischen Imperialismus den nationalen Befreiungskampf des Vietnamesischen Volkes als militärischen Machtkampf der Kommunisten.²⁹ Ostermärsche waren in Österreich nach dem Vorbild solcher breit unterstützten Formen der Friedensaktionen in England und Deutschland 1963 auf Grund einer rasch sich verbreitenden Initiative von Thomas Schönfeld und Mia Schönfeld mit großer Resonanz im österreichischen Volk zustande gekommen.³⁰ In der politischen Geschichte des wieder selbstständigen Österreichs war das ein völliges Novum, zum ersten Mal seit 1945 demonstrierte nicht eine Partei, sondern Menschen verschiedenster Auffassungen, geeint im Protest gegen das atomare Wettrüsten und von der Hoffnung auf eine rüstungsfreie friedliche Welt. 1968 war nicht nur in den USA noch die Meinung verbreitet, man könne sich gegen die Folgen eines Atomkrieges mehr oder weniger schützen. Dass eine solche Meinung nur Illusion ist und die Menschen an die atomare Bedrohung gewöhnen sollte, hat Fuchs immer wieder deutlich gemacht, 1968 in einem vom berühmten, in Cambridge tätigen Auslandsösterreicher Victor Weisskopf (1908–2002)³¹ einbegleiteten, im Verlag *Jugend und Volk* (Wien–München) gemeinsam mit Edith Jarosch und Walter Kranzer publizierten Buch „Atomare Bedrohung der Menschheit! Der Nuklearkrieg im Urteil der Wissenschaft“. Weisskopf hebt hervor, dass das Buch eine allgemein verständliche Darstellung unseres Wissens über den inneren Aufbau der Atome enthält: „Denn es ist dieses Wissen, das es

uns ermöglicht, die Natur von uns aus zu beherrschen, neue Energiequellen zu eröffnen, Krankheiten zu verhindern und die Fruchtbarkeit des Boden zu erhöhen, aber auch die Natur um uns zu zerstören sowie alles Leben und alle Lebensmöglichkeiten zu vernichten.“

In Bezug auf die Wissenschaftsentwicklung der sozialistischen Länder war Fuchs in den 1970er Jahren optimistisch. Er hatte aus Anlass des Weltfriedenskongresses in Moskau im Oktober 1973 Gelegenheit, eine Spezialklinik für Krebskranke in Moskau mit modernsten Behandlungsmethoden zu besuchen, an welche in Österreich noch nicht einmal gedacht werden könne. Auf diesem Moskauer Kongress, der Vertreter von 120 internationalen und über 1.100 nationalen Organisationen und Bewegungen aus 143 Ländern vereint hat, hat Fuchs über die Arbeit des *Internationalen Instituts für den Frieden* zur Ermittlung der Ursachen von Kriegen und des Einflusses des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf die Lebensbedingungen berichtet. Insgesamt seien durch die Fortschritte der Naturwissenschaften der dialektische Materialismus in vollem Umfang bestätigt worden: „Denn auf allen Gebieten der Naturwissenschaft können dialektische Entwicklungsprozesse aufgezeigt werden. Lenin hat in seinem grundlegenden Werk ‚Materialismus und Empirio-kritizismus‘ gezeigt, daß die Atomforschung seinerzeit die Erforschung der Materie auf eine höhere Ebene gehoben hat. Seither hat das Vordringen zu immer kleineren Teilchen den Beweis für das Umschlagen der Quantität in die Qualität erbracht, was in den Gesetzen der Quantenmechanik seinen konkreten Ausdruck gefunden hat. Auch die Entwicklung der biologischen Wissenschaften hat die Positionen des dialektischen Materialismus fester untermauert. Auf dem Gebiete der Genetik, also der Vererbungs-forschung, ist es erstmalig gelungen, Lebensvorgänge auf ihre materielle Grundlage, die Bewegung von Atomen zurückzuführen. Auch ist die Entwicklung der Lebewesen schon längst als dialektischer Prozess erkannt worden.“³² Fuchs sah es als Aufgabe kommunistischer Wissenschaftler an, sich mit den Erfolgen des dialektischen Materialismus gründlich vertraut zu machen und diese in die politische Arbeit einzubeziehen. Das wird in seiner 1969 verfassten Broschüre über „Antisemitismus, Zionismus und Arbeiterbewegung“³³ ebenso deutlich wie in dem 1981 verfassten Buch „Materie. Dialektik. Naturwissenschaft. Zur Bedeutung des Marxismus-Leninismus

für die Interpretation der Ergebnisse der Naturforschung“.³⁴ Fuchs war ohne jeden unter bürgerlichen Intellektuellen oft anzutreffenden Hochmut, er verdichtete wissenschaftlich komplexe Zusammenhänge in eine klare, verständliche Ausdrucksweise, ohne die dargestellten Gedanken zu simplifizieren.

Ehrendoktorat für den Wissenschaftler und Friedenskämpfer

Am Nachmittag des 19. März 1973 wurde Georg Fuchs in der Aula der Rostocker Universität in einem Festakt das Ehrendoktorat der Medizin verliehen.³⁵ Im selben Jahr (13. bis 15. Dezember 1973) organisierte Fuchs als Präsident des *Internationalen Instituts für den Frieden* in Wien mit dem Tschechoslowakischen Institut für internationale Beziehungen in Prag ein Symposium „Wissenschaft und Frieden“, bei welchen grundlegende Probleme der gesamten Menschheit, wie die Zunahme der Weltbevölkerung, der Erschöpfung der natürlichen Ressourcen, der steigende Energiebedarf und der Zusammenhang mit dem Lebensstandard, die drohende Verschmutzung der Weltmeere und Methoden zu ihrer Verhütung diskutiert wurden. Auf der Grundlage der friedlichen Entwicklung der Völker seien diese Probleme zu bewältigen.³⁶ Das seit 1956 existierende, 1989 von Erwin Lanc als internationale Nichtregierungsorganisation (NGO und INGO) mit Sitz in Wien neu gegründete *Internationale Institut für den Frieden* ging von der Erkenntnis aus, dass Wissenschaftler verschiedener Fachdisziplinen und verschiedener Weltanschauung bei der Entwicklung und Handhabung von Kontrollmethoden der Rüstungsbegrenzung und der Abrüstung ebenso unentbehrlich sind wie auf dem Gebiet der ökonomischen, der wissenschaftlich-technischen und der kulturellen internationalen Zusammenarbeit. Finanziert wurde das Institut von seinen ordentlichen und außerordentlichen (kollektiven) Mitgliedern in den verschiedenen Ländern.

Fuchs war nach dem Tod von Josef Dobretsberger (1903–1970) in der Vorstandssitzung des *Internationalen Instituts für den Frieden* vom 15. November 1970 zu dessen Vizepräsidenten gewählt worden, davor war er Schatzmeister. Nach dem 1971 erfolgten Rücktritt des seit Gründung amtierenden Präsidenten James Gareth Endicott (1898–1993), der Repräsentant der international hoch angesehen kanadischen Friedensbewegung war, wurde Fuchs Präsident des Instituts, Kanzler war Hollitscher, dem internatio-

nalen wissenschaftlichen Beirat gehörten auch der hoch angesehene Wiener Mathematiker Leopold Schmetterer (1919–2004) und Schönfeld an. Schmetterer und Schönfeld haben Ende 1970 im Vorfeld der diskutierten Einberufung zu einer gesamteuropäischen Konferenz unter Einbeziehung der USA und Kanada³⁷ die Idee gehabt, ein eigenes *Österreichisches Komitee für Verständigung und Sicherheit in Europa* zu bilden, das durch Herausgabe von Informationsmaterial und durch Meinungsaustausch die Koordinierung von Bemühungen und Initiativen zur Verständigung und Entspannung in Europa fördern sollte. Das Komitee wollte dabei weder antikapitalistische noch antikommunistische Standpunkte vertreten. Im Café Landtmann (I. Bezirk Wien) trafen sich am 16. Dezember 1970 Fuchs, Tilly Kretschmer-Dorninger (1911–1989), Schmetterer, Schönfeld und Margarete Schütte-Lihotzky (1897–2000) zu einer Aussprache und zur Vorbereitung der konstituierenden Gründung des Komitees, welche am 28. Jänner 1971 durch eine Generalversammlung im Albert-Schweitzer-Haus (Wien, IX. Bezirk) erfolgte. Kretschmer-Dorninger war Vertreterin der *International Federation of Settlements and Neighbourhood Centres* (IFSNC), die sich seit 1945 in Wien (Lienfeldergasse 60c–d, 16. Bezirk) durch internationale Kontakte große soziale Verdienste erworben hat. Präsident des Komitees wurde Schmetterer, Erster stellvertretender Präsident der Wiener Philosoph Leo Gabriel (1902–1987), Zweiter stellvertretender Präsident Schönfeld. Fuchs half dem Komitee in den Startmonaten ohne Funktion mit seiner Erfahrung.

Das *Internationale Institut für den Frieden* hatte sich aus Anlass der Generalversammlung an seinem Sitz in Wien (Möllwaldplatz 5, Wien IV) am 3. Dezember 1969 unter maßgeblicher Beteiligung der Österreicher Fuchs, Hollitscher und Schönfeld neu strukturiert, indem die Entfaltung einer wissenschaftlichen Forschungstätigkeit über Probleme, die im Zusammenhang mit dem Kampf um den Frieden stehen, samt einer entsprechenden Publikationstätigkeit beschlossen wurde. Im selben Jahr waren die kommunistischen Wissenschaftler Fuchs, Hollitscher und Schönfeld unter den Initiatoren für die Herausgabe der kommunistischen Zeitschrift *neue politik*, um zu versuchen marxistisch-leninistische Positionen in der in die Hände von Revisionisten abgleitenden KPÖ zu behaupten. 1972 hatte Fuchs die Er-

gebnisse eines vom *Internationalen Institut für den Frieden* in Wien gemeinsam mit dem *Institut für Friedensforschung* an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Wiener Universität vom 4. bis 7. November 1971 veranstalteten Symposiums „*Friedenssuche aus verschiedener weltanschaulicher Sicht*“³⁸ herausgegeben und das Symposium „*Organisation der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa*“ in Wien vom 10. bis 12. März 1972 organisiert.³⁹ Die Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern aus der Deutschen Demokratischen Republik, auf wissenschaftlichem Gebiet und in der Weltfriedensbewegung, war Fuchs ein spezielles und stets gerne gepflegtes Anliegen. Vom weltberühmten Strahlenforscher und Präsidenten des Deutschen Friedensrates Walter Friedrich (1883–1968) in Berlin sprach er in größter Hochachtung. 1976 publizierte Fuchs in den Schriften des *Internationalen Instituts für den Frieden* in Wien die Schrift „*Kernenergie und Weltfrieden*“ (Wien 1976, Gazzetta Verlag Wien) – unter Mitarbeit der DDR-Experten Klaus Fuchs (1911–1988) („*Die Bedeutung der Kernenergie für den wachsenden Energiebedarf der Menschheit*“) und Max Steenbeck (1904–1981) („*Die Verantwortung der Wissenschaftler im Atomzeitalter*“) sowie von Michail Romanowsky („*Die friedliche Nutzung der Fusionsenergie. Heutiger Stand und Perspektiven*“), Wassili Jemeljanow („*Die friedliche Anwendung der Kernenergie und ihre Gefahren*“) und Sergiu Verona („*Der Kampf der Völker für die nukleare Abrüstung*“). Fuchs hat den Beitrag „*Kernenergie und Ionisierende Strahlen*“ geschrieben. Für Fuchs waren Kernkraftwerke vom wissenschaftlich technischen Standpunkt her grundsätzlich beherrschbar und sollten deshalb für die Entwicklung des Energiesektors genutzt werden. Das war in der Friedensbewegung der kapitalistischen Länder nicht Konsens. Auch eine der letzten Arbeiten von Fuchs ist in den Schriften des *Internationalen Instituts für den Frieden* erschienen: „*Von der Atombombe zum nuklearen Holocaust*“.⁴⁰ Es war die Zielsetzung von Fuchs, von Fachwissenschaftlern theoretisch erarbeitete Positionen einheitlich und, das führte über den Wiener Kreis hinaus, unter Einschluss der menschlichen Wirklichkeit für die praktische Arbeit der österreichischen und internationalen Friedensbewegung verwertbar zu machen. Sein Wirken kann als Vorbild und Inspiration für die Gegenwart herangezogen werden.

Das vietnamesische Volk sah in Georg Fuchs einen wertvollen Freund. An der Trauerfeier für Fuchs auf dem Wiener Zentralfriedhof nahm der ständige Delegierte Vietnams bei den UNO-Organisationen in Wien im Auftrag der vietnamesischen Regierung teil.⁴¹

Dokument

1972 05 26. Rostock. Friedrich Held, Direktor der Radiologischen Klinik der Universität Rostock, beantragt beim Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Rates der Universität Rostock Günter Heidorn im Wege des Direktors für Internationale Beziehungen und mit Kenntnisnahme des Dekans der Medizinischen Fakultät Dietrich Mücke die Verleihung des Ehrendoktorats der Fakultät für Medizin der Universität Rostock.

Original. Archiv der Universität Rostock. Maschine geschrieben, eigenhändige Unterschrift von Friedrich Held.

Magnifizenz!

Hiermit möchte ich den Antrag stellen, Herrn Dr. med. et phil. Georg Fuchs, Primararzt am Zentral-Röntgeninstitut des Kaiser-Franz-Josef-Spitals Wien, zum Ehrendoktor der Fakultät für Medizin des Wissenschaftlichen Rates der Universität Rostock zu ernennen.

Herr Dr. Fuchs wurde am 25.10.08 in Wien geboren und ist österreichischer Staatsbürger. Am 9.6.33 promovierte er an der Wiener Universität zum Dr. med. Im gleichen Jahr begann er seine radiologische Ausbildung, gleichzeitig schrieb er sich an der Philosophischen Fakultät für Physik und Mathematik ein.

Infolge des Einmarsches der Naziwehrmacht war er gezwungen, im Frühjahr 1938 seine Heimat zu verlassen. Von 1939–1942 war er Röntgenologe der 2. Medizinischen Klinik der Universität Istanbul (unter dem aus Deutschland stammenden Prof. E[rich]. Frank). Aus Anlaß des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion meldete er sich freiwillig zum britischen Militär, wo er den Rang eines Captain (Stabsarzt) und „Graded Radiologist“ erhielt. Nach Kriegsende kehrte Dr. Fuchs nach Wien zurück und wurde am 1.8.46 Primararzt am Zentralen Röntgeninstitut des Kaiser-Franz-Josef-Spitals. Diese Stelle nimmt er noch heute ein.

Aufgrund seines Zweitstudiums Physik und Mathematik und seiner Befähigung, damals viele ungelöste strahlenphysikalische Probleme selbst in Angriff

zu nehmen, promovierte Dr. Fuchs am 18.7.47 zusätzlich zum Dr. phil. mit einer Dissertationsarbeit „Über eine neue Methode zur Messung der gestreuten Röntgenstrahlen“.

Als Wissenschaftler besitzt Dr. Fuchs in internationalem Maßstab hohe Anerkennung. Er verfaßte 10 Bücher bzw. Monographien. Mehr als 150 Publikationen wurden in den Fachzeitschriften verschiedener Länder veröffentlicht. Bei einer Reihe seiner Bücher handelt es sich um Standardwerke der radiologischen Literatur. Die derzeitige Generation der Hochschullehrer der DDR für das Fach medizinische Radiologie hat sich mit Hilfe seiner Monographie über die mathematisch-physikalischen Grundlagen der Röntgen- und Radiumtherapie das notwendige Wissen über die strahlenphysikalischen Grundkenntnisse der Strahlentherapie angeeignet. Besonders seine Veröffentlichungen aus den Jahren 1948–1958, die vorwiegend strahlenphysikalischen und strahlenbiologischen Inhalts waren, z.B. das o[ben]. a[ngeführte]. Buch sowie der „Leitfaden der Röntgentherapie“⁴² und das letzte, in der DDR im Akademie-Verlag erschienene Buch „Röntgentherapie“⁴³ werden noch jetzt von Studenten und Ärzten als Lehrbücher verwandt. Die Arbeiten der letzten 10 Jahre beschäftigen sich mehr mit der Frage der Strahlentherapie unter Anwendung energiereicher Strahlen. Da Dr. Fuchs außerdem umfangreiche Erfahrung in der Kombinationstherapie maligner Tumoren besitzt, sind besonders seine Arbeiten unter Einbeziehung des Sauerstoffeffektes von großem wissenschaftlichem Wert. Routinemäßig wird in seiner Klinik bei jedem Malignom mittels Kurzwelle eine Hyperämie erzeugt und so werden über den Sauerstoffeffekt überdurchschnittliche Resultate in der Behandlung erzielt.

Bekannt geworden ist Dr. Fuchs auch durch seine Veröffentlichungen des ersten Falles der Anwendung ionisierender Strahlen durch Leopold Freund in Wien. Diesen Fall, die Bestrahlung eines ausgedehnten Tierfellnaevus bei einem Kind, hat Dr. Fuchs analysiert und 60 Jahre nach der Anwendung der Strahlentherapie untersucht.

Dr. Fuchs verkörpert das Bild eines von tiefem Humanismus erfüllten Wissenschaftlers, dessen im Kampf erprobte und bewährte marxistische Weltanschauung ihn unbeirrbar für Fortschritt und Frieden eintreten läßt. In idealer Weise ist bei ihm die Theorie und Praxis eine harmonische Einheit. Seine Persönlichkeit und sein Wirken sind auch ein

großes Vorbild der jungen Ärztegeneration unserer sozialistischen DDR.

Dr. Fuchs hat stets mit großem Interesse und mit Sympathie die Entwicklung der DDR, insbesondere ihres Gesundheitswesens, verfolgt und unterstützt. Seit etwa 20 Jahren besucht er die Kongresse der Radiologen in der DDR und tritt dort stets in Vorträgen und Diskursen aktiv auf. Im Rahmen von wissenschaftlichen Veranstaltungen war Dr. Fuchs seit 1958 auch dreimal in Rostock und hat über seine neuesten Methoden der Strahlentherapie berichtet und uns damit manche wertvolle Anregung für die eigene Arbeit gegeben.

Im September 1966 wurde Dr. Fuchs korrespondierendes Mitglied und im September 1971 Ehrenmitglied der Gesellschaft für Medizinische Radiologie der DDR.

Besondere Verdienste hat er sich auch dadurch erworben, daß er in Österreich und anderen kapitalistischen Ländern für die Aufnahme der DDR in die W[orld] H[ealth] O[rganization] eingetreten ist. So ist es im wesentlichen ihm zu verdanken, daß in diesem Jahr 150 österreichische Ärzte Unterschriften in diesem Sinne abgaben, die dem österreichischen Außenminister [Rudolf Kirchschräger] übergeben wurden.

Anlässlich des Weltgesundheitstages 1972 wurde er deshalb mit einer Delegation von Minister [Ludwig] Mecklinger in Berlin empfangen.

Während seiner ganzen ärztlichen Laufbahn genügte ihm jedoch seine isolierte wissenschaftliche Arbeit nicht, sondern stets hat er sich mit den Problemen der internationalen Arbeiterklasse beschäftigt und an ihrem Kampf aktiv teilgenommen.

Seit 1964 ist Dr. Fuchs Vorstandsmitglied des Internationalen Instituts für den Frieden, seit 1970 Vizepräsident dieses Instituts und verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift „Wissenschaft und Frieden“, die das genannte Institut herausgibt.

Sehr aktiv und erfolgreich tritt er in Veröffentlichungen und auf Veranstaltungen für die Solidarität mit den um seine Freiheit kämpfenden Völkern Indochinas auf. In Österreich ist er einer der Initiatoren dieser Bewegung.

Seit 1971 ist Dr. Fuchs Mitglied des Weltfriedensrates.

Aufgrund seiner jahrelangen und erfolgreichen Tätigkeit in der Weltfriedensbewegung und seiner außerordentlichen Verdienste im Kampf um den Frieden wurde Dr. Fuchs im April 1970 auf Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR mit dem Lenin-Orden ausgezeichnet.

Ich bin der Überzeugung, daß aus dieser Schilderung der Gesamtpersönlichkeit von Herrn Dr. Fuchs hervorgeht, daß er als ein Vorbild für unsere junge Ärztegeneration angesehen werden kann und daß er in hohem Maße aufgrund seiner zahlreichen Verdienste auf dem Gebiet der radiologischen Wissenschaft und seiner hervorragenden Arbeit für die Erhaltung des Friedens die Verleihung der Ehrendoktorwürde der Universität Rostock verdient.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Prof. Dr. sc. med. Held
Direktor der Klinik

Anmerkungen:

1/ Mitchell G. Ash: Wissenschaftswandel und politische Ereignisgeschichte im 20. Jahrhundert. In: Robert W. Rosner/W. Gerhard Pohl, Naturwissenschaften und Politik. Linz 1999, 9–33.

2/ Die technischen Anwendungen der Radioaktivität. Berlin/München 1956, 1.

3/ Einstein und Österreich (= Veröffentlichungen der Kommission für die Geschichte der Mathematik, Naturwissenschaften und Medizin Heft 33). Wien 1980.

4/ Karl Heinz Tragl: Das Kaiser Franz Josef Spital. Chronik und Medizingeschichte. Aufbruch in die Neuzeit. Wien 1985, 140f.; Zentralkomitee und Wiener Stadtleitung der KPÖ zeichnen in der *Volksstimme* einen Routinenachruf mit anspruchsvoller Überschrift: DDr. Georg Fuchs: Ein Leben für die Menschen und für den Frieden. *Volksstimme*, 13.4.1986; Michael Hubenstorf: Österreichische Ärzte-Emigration. In: Friedrich Stadler (Hg.): Vertriebene Vernunft I. Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft 1930–1940. Wien–München 1987, 359–415, hier 388; Wolfgang L. Reiter: Naturwissenschaften und Remigration. In: Sandra Wiesinger-Stock/Errika Weinzierl/Konstantin Kaiser (Hg.): Vom Weggehen. Zum Exil von Kunst und Wissenschaft. Wien 2006, 177–218, über Fuchs 195; Karl Heinz Tragl: Chronik der Wiener Krankenanstalten. Wien [u.a.] 2007, 399f. Für freundliche Hinweise danke ich Frau Claudia Rosenberger von der Verwaltungsdirektion des SMZ Süd.

5/ ÖBL 1 (1957), 378; NDB 5 (1961), 676f. (Marlene Jantsch).

6/ Albert Fuchs, Ein Sohn aus gutem Haus (mit einer Einleitung von Robert Bondy). In: Die Alfred Klahr Gesellschaft und ihr Archiv. Beiträge zur österreichischen Geschichte des 20. Jahrhunderts. AKG Quellen & Studien 2000. Wien 2000, 211–258. Dazu Willi Weinert: Editorische Anmerkungen, 212f.; Willi Weinert: Zum Leben von Albert Fuchs. Aus dem Briefwechsel mit Erwin Chargaff. In: Die Alfred Klahr Gesellschaft und ihr Archiv, 259–275.

7/ NDB 5 (1961), 413 (Marlene Jantsch); Karl Heinz Kärcher: Leopold Freund. In: Hundert Jahre medizinische Radiologie in Österreich. Fest-

schrift der Österreichischen Röntgengesellschaft (ÖRG) unter Mitarbeit der Österreichischen Gesellschaft für Radioonkologie, Radiobiologie und Medizinische Radiophysik (ÖGRO). Hg. von H. H. Ellegast/H. D. Kogelnik/E. Strasser. Wien–München–Bern 1995, 57–63.

8/ Für freundliche Auskunft danke ich Herrn Archivar Dr. Stefan Sienell!

9/ Robert Rosner/Brigitte Strohmaier (Hg.): Marietta Blau – Sterne der Zertrümmerung. Biographie einer Wegbereiterin der modernen Teilchenphysik (= Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftsforschung. Hg. der Reihe Wolfgang Kerber und Wolfgang Reiter). Wien [u.a.] 2003.

10/ Almanach f. d. Jahr 1938, 88. Jg. (Wien 1939): Bericht des Radiuminstituts 193f., Rede Srbik 163–178; dazu Gerhard Oberkofler: Politische Stellungnahmen der Akademie der Wissenschaften in Wien in den Jahren der NS-Herrschaft. In: Arbeiterbewegung – Faschismus – Nationalbewusstsein. Wien–München–Zürich 1983, 115–126.

11/ Werke, Ergänzungsband 1917–1923, 282f.; auch W. I. Lenin: Über Wissenschaft und Hochschulwesen. Berlin 1977, 189.

12/ Disziplinarakten Gertrud Saxl. Promotionsprotokoll der Medizinischen Fakultät der Universität Wien. Universitätsarchiv Wien.

13/ Otto Kreilisheim: Ich erinnere mich... [Privatdruck. Wien 1989].

14/ Rigorosenakt Nr. 11.635. Universitätsarchiv Wien. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Wiener Universitätsarchivs besten Dank für die freundliche Hilfe!

15/ Berta Karlik: Karl Przibram. ÖAW, Almanach f. d. Jahr 1974, 124. Jg., Wien 1975, 379–387; Stefan Sienell/Christine Ottner: Das Archiv des Instituts für Radiumforschung. Anzeiger math.-nat. Klasse d. ÖAW II 140 (2004), 11–53.

16/ K. Steinitz, Nachruf. *Deutsche medizinische Wochenschrift*, 82. Jg., Nr. 27, 5. Juli 1957, 1138f.

17/ Arin Namal: Dr. Rosa Maria Rössler (Wien 1901–Istanbul 1954). Ihr Wirken in Istanbul und ihr Beitrag zur türkischen Medizin. *Wiener Klinische Wochenschrift* (2007) 119/21–22, 663–668.

18/ Für diese und andere Daten danke ich Dr. Willi Weinert!

19/ Alfred Klahr Gesellschaft (Hg.): Zwischen Wiener Kreis und Marx. Walter Hollitscher (1911–1986) (= Quellen & Studien, Sonderband 2). Wien 2003.

20/ Franz Muhri: Kein Ende der Geschichte. Wien 1995.

21/ Ernst Fischer: Erinnerungen und Reflexionen. Hamburg 1969.

22/ Georg Fuchs: Vorschlag für engere Zusammenarbeit. In: Zur Lage der Intelligenz in Österreich. Protokoll der Theoretischen Konferenz abgehalten am 19. Juni 1975. Hg. von der Kommission des ZK der KPÖ für Intellektuellenarbeit (= Kleine Theoretische Reihe, Nr. 6), Wien [1976], 96.

23/ Mit 84 Abb. im Text. VIII, 168 S., Wien 1948

24/ Mit 10 Abb. im Text. 74 S., Wien 1949.

25/ Tragl: Das Kaiser Franz Josef Spital, 141 und derselbe: Chronik der Wiener Krankenanstalten, 399.

26/ Catalogus Professorum Rostochiensium: <http://cpr.uni-rostock.de>

27/ *Der Volksarzt*, 16. Jg., September 1966, Nr. 3. Die von der *Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit* in der Sozialversicherung herausgegebene Zeitschrift *Der Volksarzt. Zeitschrift für Fragen des Gesundheitsdienstes in der Sozialversicherung* ist in der Österreichischen Nationalbibliothek nachgewiesen von 3/1953 bis 18/1968.

28/ Eva Barilich: Fritz Jensen. Arzt an vielen Fronten (= Biografische Texte zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung 5). Wien 1991.

29/ Rede im österreichischen Nationalrat, 14. März 1968. In: Karl Czernetz: Europa und der Frieden. Wien [u.a.] 1968, 243–248 (Für einen Frieden in Vietnam).

30/ Andreas Pecha (Friedensbewegung/Friedensbüro Wien) hat in freundlich entgegenkommender Weise Materialien der Friedensbewegung zur Verfügung gestellt! Diese Materialien werden im Text nicht weiter nachgewiesen.

31/ Victor Weisskopf: Mein Leben. Ein Physiker, Zeitzeuge und Humanist erinnert sich an unser Jahrhundert. Bern [u.a.] 1991.

32/ Der 22. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs 18. bis 20. Jänner 1974. Hg. vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien [1974], Diskussionsbeitrag DDr. Georg Fuchs, 252. In einem Artikel aus Anlass der 40. Wiederkehr des Todestages Lenins am 21. Jänner 1964 hat Fuchs in der Zeitschrift *Der Volksarzt*, 13. Jg., Oktober 1963, Nr. 3, 5–7 diese Gedanken wissenschaftsgeschichtlich begründet. Dazu Herbert Hörz: Marxistische Philosophie und Naturwissenschaften. Berlin 1974.

33/ *Standpunkte und Dokumente*, Nr. 4, Juni–Juli 1969.

34/ Wien 1981.

35/ Für freundliche Hilfe danke ich dem Archiv der Universität Rostock!

36/ Internationales Institut für den Frieden Wien. Wissenschaft und Frieden. Wissenschaftliches Symposium. Globale Probleme der modernen Zivilisation. 1. Teil. Schriftenreihe 1, März 1974.

37/ Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten Wien: Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Entstehung, Verlauf und Dokumente. Wien 1986.

38/ Internationales Institut für den Frieden Wien (Hg.): Schriftenreihe. März 1972. Nr. 1: Wissenschaft und Frieden.

39/ Internationales Institut für den Frieden. Schriftenreihe. Juni 1972, Nr. 2. Wien 1972.

40/ Gazettaverlag Wien. 2., erweiterte Auflage 1985 (= Schriftenreihe des Internationalen Instituts für den Frieden).

41/ *Vietnam. Bulletin der Gesellschaft Österreich–Vietnam*, Nr. 2/1986.

42/ Wien 1949. 74 S.

43/ München [u.a.] 1958, VIII, 238 S.

Aufgelesen

Marie-Thérèse Kerschbaumer über Alfred Klahr

Meinem Großvater, ich komme noch einmal auf ihn zurück, war Österreich wichtig, viel wichtiger als Tirol, er mochte keine Trachten- und Brauchtumsgruppen, das lehnte er entschieden ab. Ich weiß nicht, woher er seine nationale Identität bezog, die er nie verlor. Ihm schwebte wohl so etwas wie die Schweiz vor, er wußte über Bodenbeschaffung, landwirtschaftliche Nutzflächen Bescheid, er bewunderte nicht nur wegen seiner Blüte den Raps. Er sprach von einer österreichischen Ölproduktion. All das sei erwähnt, um zu zeigen, daß selbst im konservativsten Teil der Bevölkerung ein objektives Wissen sich mit subjektiven Bedürfnissen deckt und sich mit den Erkenntnissen des Kommunisten Alfred Klahr trifft, der im Auftrag seiner Partei im März und April 1937 seine Studie über die Nationswerdung Österreichs verfasst hat. Was gemeinsam webt und wirkt, also Handel treibt, ein gemeinsames Territorium bewohnt, gemeinsame Vergangenheit und Kultur hat und eine gemeinsame Sprache spricht, ist eine Nation; dies ist der Ausgangspunkt von Klahrs Überlegungen und, der Wahrheit zur Ehre sei hinzugefügt, dies stützt sich auf die Definition Stalins zur Georgischen Nation. In der Sondernummer von *Weg und Ziel* vom Dezember 1979 sind diese Aufsätze Klahrs wieder veröffentlicht.

Nicht die österreichische Nation ist eine kommunistische Erfindung, doch österreichische Kommunisten haben definiert, expliziert und mit wissenschaftlichen Mitteln einsichtig gemacht, was weite Teile der Bevölkerung praktisch lebten, erlebten, unterbewußt empfanden, und was sich an der Erfahrung mit der nationalsozialistischen Fremdenherrschaft durch Bewußtwerdung beschleunigte. Wer Alfred Klahrs Ausführungen liest, hat wissenschaftliches Rüstzeug gegen manch gefährliche Unklarheiten. Ich gehe noch weiter, dem wird deutlich, wie gefährlich nahe dem Hochverrat jeder Zweifel an unserer österreichischen Nation heute ist.

Aus: Marie-Thérèse Kerschbaumer: *Für mich hat lesen etwas mit fließen zu tun... Gedanken zum Lesen und Schreiben von Literatur (= Reihe Frauenforschung, Band 12). Wien 1989, 110f.*

Über eine Spitzelaffäre in der ersten Nachkriegszeit in Österreich und Italien

GUIDO ZAMIŠ

Im 110. Geburtsjahr des Journalisten und Gramsci-Autors Guido Zamiš ist es mir eine Freude und Ehre, hier einen eher unbekanntem Bericht aus seinen Aufzeichnungen der Leserschaft zugänglich zu machen. Es handelt sich dabei um einen Augenzeugenbericht über eine Spionage- und Desinformationsaktion im Auftrage des damaligen italienischen Ministerpräsidenten Francesco Saverio Nitti aus dem Jahre 1919, in die Guido Zamiš und andere Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs verwickelt wurden. Diese Aktion sollte der Schädigung der Zusammenarbeit zwischen der Italienischen Sozialistischen Partei (ISP) und der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs (KPDÖ) dienen.

ERIC ZAMIŠ

Die erste Nachkriegsregierung Italiens des liberalen Demokraten Francesco Saverio Nitti griff im Sommer 1919 zu einer groß angelegten Provokation, um die Kontrolle über die Verbindungen zu erhalten, die von der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs und über sie von anderen kommunistischen Zentren zur Italienischen Sozialistischen Partei führten und nach Meinung der italienischen Polizei und des militärischen Abwehrdienstes den Zweck haben sollten, in Italien die Revolution auszulösen.

Zwar war bereits der Polizeikommissar Giuseppe Dosi, der der italienischen Militärkommission in zugeteilt war, mit kommunistischen Kreisen in Verbindung getreten, was ihm ermöglichte, über die Vorgänge innerhalb der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs (KPDÖ) ziemlich gut informiert zu sein, doch scheinen seine Berichte dem italienischen Innenministerium nicht genügt zu haben. Man brauchte zu diesem Zwecke einen skrupelloseren Agenten. So wurde der Hauptmann der Carabinieri Aldo Soncelli beauftragt, unter einem Decknamen tiefer in das kommunistische Milieu Wiens einzudringen. Außerdem sollte er unter dieser Maske Kontakt mit den sich in Wien ständig oder vorübergehend aufhaltenden Italienern aufnehmen. Soncelli stand im aktiven Dienste des Innenministeriums sowie der Generaldirektion der Polizei. Er durfte jedoch auch eine direkte Verbindung zum Ministerium für die

Verteidigung besessen haben, da er, wie aus seiner späteren Tätigkeit hervorgeht, nach Belieben über militärische Blankoformulare, Legitimationspapiere, Uniformen aller Waffengattungen (zur Tarnung seiner Mitarbeiter), militärische Kraftfahrzeuge usw. verfügen konnte.

Soncelli begann seine Arbeit, indem er sich in Zivilkleidung beim Bezirkssekretariat der KPDÖ in Innsbruck vorstellte und als Deserteur der italienischen Besatzungsgruppen in Tirol ausgab. Er machte den Vorschlag, unter diesen revolutionäre Propaganda zu betreiben. Mangels an Verschwörungen, die er aufzudecken hatte, wollte er also solche selbst organisieren. Die Innsbrucker Genossen waren vorsichtig und, bevor sie sich mit dem Manne einließen, berichteten sie darüber nach Wien. Darauf gab mir der Generalsekretär der KPDÖ, Karl Tomann, den Auftrag nach Innsbruck zu reisen und mit dem angeblichen Deserteur in Verbindung zu treten. Es mag heute sonderbar erscheinen, dass ein so delikater Auftrag einem unerfahrenen, erst neunzehnjährigen Genossen erteilt wurde.

Das war aber damals Gang und Gebe, und ebenso Junge wurden sogar ins Ausland mit wichtigen Missionen geschickt. Ich war einer unter den sehr wenigen Genossen, die Italienisch sprachen.

In Innsbruck traf ich den angeblichen Deserteur, der sich mir als Luigi Ferrari vorstellte, und seinen Plan auseinandersetzte, unter den italienischen Soldaten revolutionäre Flugblätter zu verbreiten. Um zu beweisen, dass er unter allen Truppenkörpern Verbindungen hatte, organisierte er an einem unserer nächsten Zusammenkünfte in Innsbruck eine Versammlung von ungefähr 20 Soldaten verschiedener Waffengattungen, vor denen ich einen Vortrag über die Ziele der Kommunisten hielt. In Wahrheit waren dies wahrscheinlich lauter Carabinieri im Dienst „zu besonderer Verwendung“.

Bereits während meines ersten Besuchs in Innsbruck hatte das Tiroler Landeskommando der Volkswehr von meinem Dasein Kenntnis erhalten und lud mich vor. Ich war nämlich damals noch Angehöriger des Volkwehrebataillons 41 (die von Leo Rothziegel und Egon Erwin Kisch gegründete *Rote Garde*) und war mit Marschpapieren von diesem Bataillonskommando als Feldwebel nach Inns-

bruck gereist. Ein höherer Offizier wollte von mir wissen, ob ich gekommen sei, um unter den Tiroler Volkswehrmännern kommunistische Propaganda zu betreiben. In ziemlich arroganter Weise lehnte ich jede Auskunft ab, da mein Auftrag vertraulichen Charakter hatte. Ich erwähne nur deshalb dieses Vorkommnis, weil es eventuell darauf hindeuten könnte, dass die österreichischen Behörden in der Affäre Soncelli mit den italienischen Geheimdiensten von vornherein zusammenarbeiteten. Vielleicht war auch meine Reise von Polizeikonfidenten innerhalb der *Roten Garde* gemeldet worden.

Auf Grund meines Berichts ließ Tomann den Ferrari-Soncelli nach Wien kommen. Tomann war mit seinen Plänen einverstanden, und dementsprechend verfasste ich ein Flugblatt an die italienischen Soldaten in der Besatzungszone, worin sie aufgefordert wurden, für ihre Heimreise und Demobilisierung zu kämpfen. Übrigens führte die ISP im *Avanti* zu jener Zeit auch eine derartige Kampagne. Ferrari-Soncelli übernahm diese Flugblätter in einer Auflage von einigen Tausend Exemplaren, um sie in Tirol zu verbreiten. Es gibt keinen Beweis, dass dies wirklich geschehen ist, doch ist anzunehmen, dass er die Flugblätter verbreiten ließ, um sie dann in den Kasernen zu „entdecken“ und so gegenüber seinen Vorgesetzten seine Tüchtigkeit als Polizist zu beweisen.

In diesem Falle wären natürlich die Soldaten, bei denen solche Flugblätter gefunden wurden, vor das Kriegsgericht gekommen. Doch das sind, wie gesagt, nur Vermutungen. Tatsächlich überredeten aber die Mitarbeiter Soncellis österreichische Genossen dazu, nach Italien Waffen und Sprengstoffe zu schmuggeln, um sie dann verhaften und zu schweren Kerkerstrafen verurteilen zu lassen. Davon erfuhr ich erst nach der Entlarvung des Provokateurs.

Durch Tomann wurde in Wien Soncelli-Ferrari dem Korrespondenten des *Avanti*, Isaac Schweide, und dem Abgeordneten Oddino Morgari vorgestellt. Schweide, der unter dem Pseudonym Iso Erante schrieb, stammte aus Argentinien. Er hatte sich in Italien in der sozialistischen Jugendbewegung betätigt, war nach seiner Ausweisung in die Schweiz gefahren, wo er mit dem internationalen Jugendsekretariat in Verbindung trat, und



Guido Zamiš, kommunistischer Journalist (1899–1985).

war schließlich mit seiner Familie über Deutschland nach Wien gekommen. Von da hatte er den sozialistischen Abgeordneten O. Morgari nach Budapest begleitet, der dort, glaube ich, vor der Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte eine Rede gehalten hat. Die genauen Daten dieser Reise ließen sich aus der ungarischen Presse ohne weiteres feststellen. Schweide gab dem Ferrari-Soncelli eine Empfehlung für den Direktor des *Avanti* und angesehenen Sozialistenführer Serrati. Morgari hatte soviel Vertrauen zu dem Provokateur, dass er ihn als „den uneigennützigsten Menschen dieser Welt“ bezeichnete, da er tatsächlich alle, mit denen er in Verbindung kam, in der „uneigennützigsten“ Weise unterstützte. So sei hier eine der gefährlichsten Provokationen vorweggenommen, die er einleitete. Er ging bei Serrati ein und aus. Als die Frau Serratis sich darüber beklagte, dass die Familie keine Mittel hatte, um ihre altes Mobiliar zu erneuern, gab er Serrati sofort einen zinslosen Kredit von 20.000 Lire, der in Raten abzuzahlen gewesen wäre. Doch darüber später.

Tomann wollte, dass ich die Verbindung zwischen der KPDÖ und der ISP und daher mit Serrati herstellte. Dazu sollte ich die Hilfe Soncelli-Ferraris ausnützen. Damit ich die italienische Grenzkontrolle passieren konnte, verschaffte mir Soncelli die Uniform, die Ausweispa-

piere und einen Marschbefehl als Leutnant des 8. Alpini-Regiments. So reiste ich mit ihm nach Mailand und überbrachte Serrati einen Brief von Tomann. In der gleichen Weise führte ich mehrere Reisen durch, wobei die Briefe, die wir mitführten, natürlich alle zur Kenntnis des italienischen Innenministeriums gelangten. Die Kopien befinden sich im italienischen Staatsarchiv. Soncelli reiste dabei niemals im gleichen Abteil wie ich; wahrscheinlich wies er sich bei den Zugkontrollen in seiner wahren Funktion und mit seinem wahren Namen aus.

Wäre er dagegen mit mir gefahren, bestand die Gefahr, dass durch eine Unvorsichtigkeit von meiner Seite die Kontrollorgane Verdacht geschöpft hätten und er zur Aus-

weisleistung vor mir gezwungen worden wäre. Soncelli bekam aber von Schweide noch andere Aufträge, die sich auf ungarische Genossen bezogen, die in Italien Asyl suchten, woran ich nicht beteiligt war. Sie wurden dann alle in Italien verhaftet. Davon erfuhr ich erst nach seiner Entlarvung. Schweide unterhielt sehr enge Beziehungen zum ungarischen Botschafter in Wien, General Czobel.

Um größere Bewegungsfreiheit zu haben, gründete Soncelli eine Firma Ferrari-Hofer mit Sitz in Bologna und Filialen in Florenz, Mailand und Turin. Hofer war ein Tiroler, etwa zwischen 25 und 30 Jahre alt, sehr wortkarg, der sich immer im Hintergrund hielt. Ich vermute, dass es sich bei ihm auch um einen Polizisten handelte, ob im Dienste der italienischen oder österreichischen Polizei bleibt dahingestellt. Als Vertreter dieser Firma wurde für Turin der Bruder Antonio Gramsci, Gennaro, und für Florenz der sozialistische Jugendfunktionär Virgilio Verdaro angestellt. Gennaro Gramsci war der Administrator der kommunistischen Wochenzeitschrift *L'Ordine Nuovo*.

Im Zusammenhang mit der Organisation der Flucht ungarischer Genossen nach Italien versuchte Soncelli eine Provokation, die Béla Kun betreffen sollte. Er macht mir den Vorschlag, Béla Kun, der in Österreich interniert war, zu „befreien“ und ihn nach Italien zu bringen.

Soncelli hatte dazu schon konkrete Vorbereitungen getroffen und zu diesem Zweck einen einsamen Gasthof in Südtirol ausfindig gemacht. Damit ich seine Eignung als Versteck für Béla Kun beurteilen konnte, fuhren wir aus Innsbruck mit italienischen Militärfahrzeugen dahin. Diese Gaststätte lag an der Straße zwischen dem Brenner und Bozen, völlig isoliert von jeder Ortschaft. Hier hätte sich tatsächlich eine Person für einige Zeit ganz unauffällig aufhalten können. Es kam nicht zu dieser Entführung, die ohne Zweifel zur Verhaftung von Béla Kun und vielleicht zu seiner Auslieferung an die Horthy-Behörden geführt hätte. Dass aber dieser Plan auch weiter verfolgt wurde, zeigt eine Bemerkung in einem Brief Tomanns an Helene Diesing vom 8. März 1920, in dem es heißt: „Zamis ist hier angekommen. Desgleichen kann ich Ihnen mitteilen, dass Raabe heraus ist und die Bewilligung hat, sich solange in Wien aufzuhalten, als er sich nicht politisch betätigt. (...) Béla Kun und eine Anzahl anderer werden nach Italien gehen, unsere Partei wirkt dafür, um den Genossen die Freiheit zu verschaffen.“ (siehe: Renato Monteleone, *Il Partito comunista austriaco. Rapporti e corrispondenza con gli italiani nel primo dopoguerra*. Genova 1972, S. 49.)

Ende Oktober 1919 wurde ich bei meiner Ankunft in Mailand verhaftet, als ich einen Koffer voll Broschüren in ukrainischer Sprache mit mir führte, die für die aus Ostgalizien stammenden, ukrainischsprechenden österreichischen Kriegsgefangenen in Italien bestimmt waren. Es handelte sich um „Staat und Revolution“ von Lenin, übersetzt von einem in Wien lebenden ukrainischen Genossen. Bevor mich die Carabinieri in das Untersuchungsgefängnis brachten, wurde ich in der Carabinieri-Kaserne „Parini“ von einem höheren Carabinieri-Offizier verhört, der, um mich einzuschüchtern, drohte, mich als feindlichen Staatsbürger in italienischer Uniform erschießen lassen zu können. Was auf mich wenig Eindruck machte, denn die Zeiten solcher Erschießungen ohne Prozess waren schon vorbei. Beim Prozess vor einem Zivilgericht, bei dem mir von der Sozialistischen Partei der Advokat Nino Levi als Verteidiger gestellt wurde, wurde ich wegen des missbräuchlichen Tragens der Uniform und der Dienstwaffe zu drei Monaten und 23 Tagen Haft verurteilt. Anfang März 1920 wurde ich aus Italien ausgewiesen und an der Brennergrenze nach Österreich abgeschoben. Nach der Entlarvung Soncelli-Ferraris vermutete Schweide, dass

ich nur deshalb so billig davongekommen wäre, weil der Staatsanwalt über meine Rolle in der Affäre Soncelli informiert war und ich auch weiter zur Verfügung stehen sollte. Stattdessen hatte ich darauf nichts mehr mit Soncelli zu tun, den ich nur gelegentlich bei Schweide sah, wo ich kurze Zeit als Sekretär beschäftigt war.

Über die Entlarvung Soncellis kann ich Folgendes authentisch berichten. Eines Tages, im Sommer 1920, im Juli oder August, kam in aufgeregtem Zustand die Frau Schweides, Anita Schweide, geb. Ljubowna, die aus Südrussland stammte und in Rom studiert hatte – wenn ich mich recht erinnere – zu mir in die Wohnung und fragte mich, woher ich den Ferrari kenne. Ich erklärte ihr das. Darauf sagte sie mir, dass es sich um einen Spitzel handeln dürfte. Er hatte nämlich eine ungarische Genossin nach Italien bringen sollen, die ihm beim Mittagessen im Hause Schweides gezeigt wurde. Dabei fiel ein Mal unvorsichtiger Weise der wahre Name dieser Genossin. So war Ferrari der einzige Italiener, der ihn kannte. Als sie aber in Italien verhaftet wurde, sagte ihr der Polizeikommissar sofort wie sie mit ihrem wahren Name hieß. So konnte nur Ferrari sie verraten haben. Es war also Anita Schweide, die als erste begründeten Verdacht gegen Ferrari-Soncelli schöpfte. In der schon erwähnten Broschüre von Monteleone wird von einer vorherigen anonymen Warnung gegen Ferrari-Soncelli gesprochen, ohne dass dazu nähere Einzelheiten geliefert werden.

Schweide setzte sofort von diesem Verdacht die Genossen in Italien in Kenntnis, denen es in Bologna, am Sitze der Firma Ferrari-Hofer gelang, den Provokateur dadurch restlos zu entlarven, dass sie ihm die Brieftasche entrissen, worin sich seine Legitimationspapiere als Hauptmann der Carabinieri befanden. Alle diese Tatsachen beruhen auf persönliche Erlebnissen. Sie sind von mir bisher niemals veröffentlicht worden.

Erst nach der Entlarvung Soncellis fiel auf, mit welchem Leichtsin alle dabei Beteiligten vorgegangen sind. Aldo Soncelli erzählte, dass er aus Mailand stammte – was auch auf Grund seines Dialektes anzunehmen war – und dass er dort eine Schwester habe, bei der er gelegentlich während unserer Reisen übernachtete. Serrati wäre es ein Leichtes gewesen, diese Angaben zu überprüfen. Er verließ sich jedoch auf die Empfehlung von Schweide und Morgari, ohne zu fragen, welche Bürgschaften diese Beiden in Bezug auf den angeblichen Ferrari hatten. Es hat sich auch niemand darum gekümmert, auf

Grund welcher Unterlagen die Firma Ferrari-Hofer im Handelsregister eingetragen wurde. Es ist auffallend, dass sie ihren Sitz in Bologna hatte, wo es eine starke sozialistische Stadtverwaltung gab und somit eine Empfehlung der Sozialistischen Partei entsprechend Gewicht hatte. Die wahre Identität Hofers und seine Rolle ist auch niemals aufgedeckt worden. Das heißt, dass hier noch manche Entdeckungen zu machen wären.

Im Zusammenhang mit der Affäre Soncelli entwickelte sich 1921 eine heftige Polemik zwischen Antonio Gramsci und G. M. Serrati im *Ordine Nuovo* (Tageszeitung) auf der einen und dem *Avanti* auf der anderen Seite. Siehe dazu die Artikel im *Ordine Nuovo*, die enthalten sind im Band: Antonio Gramsci, *Socialismo e fascismo*, L'Ordine Nuovo 1921–1922, Torino 1967: „Un altro agente provocatore?“ (S. 178–180), „C'è un morto nella stive?“ (S. 185–186), „Serrati e prezzemolo“ (S. 210–212), „Come muoiono i pappagalli, che vogliono fare le aquile?“ (S. 213–214), „Esenza die prezzemolo“ (S. 215). Im *Avanti* finden sich die Entgegnungen in folgendem Nummern: 20., 22., 23., 24., 25. und 26. Juni 1921. Oddino Morgari kam auf die Angelegenheit Soncelli-Ferrari im *Nuovo Avanti* vom 8. April, 6. Mai, 3. und 24. Juni 1939 zurück. Gramsci wirft in seinen Artikeln Serrati vor allem sein leichtsinniges Verhalten gegenüber dem Spitzel vor, wodurch nicht nur zahlreiche Genossen Opfer des Provokateurs wurden, sondern noch größerer Schaden für die Gesamtbewegung hätte entstehen können.

Dabei hebt Gramsci die erstaunliche Tatsache hervor, dass nach der Entlarvung Soncellis in Bologna Serrati in einem Brief vom 27. Oktober 1920 gefordert hat, dass „die ganze Angelegenheit Ferrari und Komplizen seiner Sorgen überlassen werde“, da er Material für eine diesbezügliche Pressekampagne sammle. Die wurde aber niemals geführt. So kam es, dass Soncelli niemals als Provokateur gebrandmarkt wurde und die Öffentlichkeit nicht vor ihm gewarnt wurde.

Dazu kann ich mit Bestimmtheit sagen, dass, so wie ich es oben geschildert habe, der erste Verdacht gegen den Provokateur im Sommer 1920 aufkam und Schweide sofort die italienischen Genossen davon in Kenntnis setzte. Dies war im Juli oder August 1920, und es kann vielleicht einige Wochen gedauert haben, bis sich die Gelegenheit bot, Soncelli in die Falle zu locken. Das Zögern Serratis ist vermutlich im Zusammenhang mit dem Kredit zu sehen, den er von Soncelli

erhalten hatte. Außerdem stellte Gramsci fest, dass es nicht Serrati war, der Soncelli entlarvte, sondern die Kommunisten Marangoni und Vezzelli in Bologna. Auch das kann ich auf Grund der Mitteilungen, die mir damals Schweide machte, bestätigen. Auch die falsche Darstellung Serratis, die diesen in einem günstigen Lichte in dieser für ihn peinlichen Affäre erscheinen lassen soll, als hätte er Soncelli entlarvt. Dazu erklärt Gramsci, dass Nitti den „unbestechlichen“ Serrati mit 20.000 Lire ködern wollte, um sich damit die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit der sozialistischen Rechten zu verschaffen. Es sei möglich, dass einer der Rechten diese „wunderschöne Falle“, um den „Unbestechlichen“ zu Grunde zu richten, Nitti suggeriert habe. Gramsci weist auch auf die Folgen hin, die das Verhalten des Führers der Sozialistischen Partei hätte haben können. „Wenn, nachdem Serrati in die Schlinge gegangen war, die Sozialistische Partei die Massen zu einer Aktion auf die Straße gerufen hatte, hätte Nitti leicht in diesen Verwirrung und Entmutigung hervorrufen können, indem er in der bürgerlichen Presse das Faksimile des Schuldscheins hätte veröffentlichen lassen, woraus hervorgegangen wäre, dass Giacinto Menotti Serrati, der allgemein als unbestechlich galt, 20.000 Lire von einem Spitzel angenommen hatte.“

Deshalb also hatte Serrati 1920 kein Interesse, die Affäre Soncelli an die große Glocke zu hängen.

Besuch von Alfredo Bauer

Anlässlich seines 85. Geburtstages besucht der österreichisch-argentinische Schriftsteller **Alfredo Bauer** seine Geburtsstadt Wien. Besonderes Anliegen ist es ihm, der Zeit seines Lebens für eine gerechte, demokratische Gesellschaft und gegen den faschistischen Ungeist kämpfte, das Andenken an die Mitstreiter dieses Kampfes aufrecht zu erhalten. Die ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT organisiert gemeinsam mit Alfredo Bauer, der *Österreichisch-Kubanischen Gesellschaft* und der Kubanischen Botschaft eine Gedenkfeierlichkeit für Ernesto „Che“ Guevara und lädt anschließend zu einer Lesung mit dem Schriftsteller ein.

Freitag, 9. Oktober 2009, 15.00
Che-Guevara-Denkmal
 im Wiener Donaupark

Die Örtlichkeit für die anschließende Lesung wird noch bekannt gegeben.


Alfred Klahr Gesellschaft
www.klahrgesellschaft.at

 Bildungsverein der KPÖ Steiermark
 Lagergasse 98a, 8020 Graz
<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>

Podiumsdiskussion
**1929 – 2009: Weltwirtschaftskrise
damals und heute**
Freitag, 16. Oktober 2009, 19.00
AK Steiermark, Kleiner Saal, Strauchergasse 32, 8020 Graz

 Prof. Dr. **Georg Fülberth** (Politikwissenschaftler, Universität Marburg)

 Dr. **Gerald Heschl** (Wirtschaftskammer Steiermark)

Ernest Kaltenegger (Abg. zum Landtag, Klubobmann der KPÖ Steiermark)

 Mag. **Werner Kogler** (Abgeordneter zum Nationalrat, Grüne)

 Mag. **Karl Snieder** (Wirtschaftsabteilung der Arbeiterkammer Steiermark)

 Moderation: Dr. **Walther Leeb** (Präsident der *Alfred Klahr Gesellschaft*)

Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Dr. Walther Leeb

 Mitarbeiter dieser Ausgabe: Hans Hautmann,
 Gerhard Oberkofler, Guido Zamis

Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Tel.: (+43-1) 982 10 86

FAX: (+43-1) 982 10 86 DW 18

 e-mail: klahr.gesellschaft@aon.at

 Internet: www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

Symposium
Samstag, 17. Oktober 2009, 10.00 bis ca. 17.30

KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz, Lagergasse 98a, 8020 Graz

Samstag, 31. Oktober 2009, 10.00 bis ca. 17.30

Universitätscampus Altes AKH, Hörsaal A, Spitalgasse 2–4, Hof 2, 1090 Wien

Programm:

 10.00 Begrüßung durch Dr. **Walther Leeb** (Alfred Klahr Gesellschaft) und **Franz Stephan Parteder** (Landesvorsitzender der KPÖ Steiermark)

 10.30 (Graz, Videoein-
 spielung in Wien)
 Prof. Dr. **Georg
 Fülberth** (Universität
 Marburg):
*1929 – 1975 – 2008:
 Drei Krisen und ihr
 Zusammenhang*

 11.30 (Graz)
 Univ.-Doz. Dr. **Fritz
 Weber** (Universität
 Wien): *Wirtschaft – Krise – Diktatur. Österreich in
 der Weltwirtschaftskrise nach 1929*

 11.30 (Wien) Univ.-Prof. Dr. **Gerhard Senft**
 (Wirtschaftsuniversität Wien): *Der Börsenkrach 1929
 und seine Folgen in Österreich*

12.15–13.30 Mittagspause

 13.30 Mag. **Manfred Mugrauer** (Alfred Klahr Gesell-
 schaft): *Die sozialökonomischen Kämpfe der KPÖ zur
 Zeit der Weltwirtschaftskrise 1929–33*

 14.15 Univ.-Prof. Dr. **Hans Hautmann** (Institut für
 Neuere und Zeitgeschichte der Universität Linz):
Die Marx'sche Krisentheorie und ihre Aktualität

15.15–15.45 Kaffeepause

 15.45 Mag. **Gerald Oberansmayr** (Werkstatt
 Frieden & Solidarität, Linz): *Trieb-
 kräfte, Profiteure
 und Opfer der
 Krise. Soziale und
 wirtschaftliche
 Entwicklung in
 Österreich und
 der EU vor und
 während der Krise*

 16.45 **Franz Stephan Parteder** (Landesvorsitzender
 der KPÖ Steiermark): *Den Weg für fortschrittliche Al-
 ternativen öffnen! Vorschläge der steirischen KPÖ an-
 gesichts der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise*

Die Diskussion findet im Anschluss an die Referate statt.

*Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums
 für Wissenschaft und Forschung und
 der Kulturabteilung der Stadt Wien.*